

Waldenburger Zeitung

Fernsprecher 3

(Waldenburger



Wochenblatt

Fernsprecher 3

Publikationsorgan

der städtischen Behörden von Waldenburg, sowie von Amts- und Gemeindevorständen des Kreises Waldenburg. Postfachkonto: Breslau Nr. 10073. Konto bei: Stadtbank Waldenburg, Waldenburger Handels- und Gewerbebank, Bankhaus Eichhorn & Co., Kommunalständische Bank.

Erscheint täglich

mit Ausnahme an den Sonn- u. Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 18.80, monatlich 5.60 M. frei Haus. Postabonnement 18.00 M. Preis der 45 mm breiten Beilage für Inserenten aus Stadt und Kreis Waldenburg 1.00 M., von auswärts 1.50 M., Reklamenten 3.00 M., kleine Anzeigen 80 Pf.

Die Verschärfung der Kohlennot.

Washington und Schuldenausgleich.

Die angebliche Einladung Deutschlands.

Von unserem Berliner k-Mitarbeiter.

Aus Washington kommen immer neue Sensationen, aber sie klingen noch ein wenig nach „Programm-musik“. Das Rüstungsproblem, mit dem man freilich nicht vom Fleck kommt, da eine Einigung über die pazifische Frage noch nicht in Sicht ist, während gleichzeitig Japan die Abrüstung zur See und Frankreich die zu Lande sabotiert, tritt zurzeit wieder einmal vor dem Finanzproblem in den Hintergrund. Ursprünglich war berichtet worden, daß die- ses von Frankreich und Italien angeschnitten werden solle; aber der unermüdliche Harding hat das nicht abgelehnt, sondern will, wenn die noch etwas unklaren und widerspruchsvollen Meldungen aus Washington zutreffen, mit einem großzügigen „Reparationsvorschlag“ vor diese oder die nächste Konferenz treten.

Der Plan, nämlich die Streichung der alliierten Schulden untereinander, ist freilich nicht ganz neu, sondern berartige Anregungen sind schon vor einiger Zeit von London aus lanciert worden. Der Vorschlag der Washingtoner Regierung soll angeblich dahingehen, daß diese ihre Forderungen an die Alliierten um 50 Prozent herabsetzen wolle, wenn England mit seinen Forderungen an die Alliierten in gleicher Weise verfähre. Wir haben schon früher betont, daß dies vielleicht der Weg oder wenigstens der erste Schritt zu einer Herabsetzung der Deutschland zugemuteten und einer schließlich nicht erfüllbaren Reparationen sein könnte; aber man wird gut tun, die Sensationsmeldungen aus Washington zunächst mit nächster Skepsis zu behandeln. Wird doch schon dümpelnd bemerkt, daß diese Frage vermutlich nicht auf der jetzigen Konferenz, sondern auf einer späteren zur Verhandlung gelangen solle, zu der man dann Deutschland und auch Rußland hinzuziehen wolle. Es wird also anscheinend schon eingesehen, daß es eine verkehrte Taktik war, das Fell des Bären in absentia zu verteilen.

Die dem Präsidenten Harding zugeschriebene Anregung des fünfzigprozentigen Schuldenschnitts ist übrigens durchaus nicht von so weittragender Bedeutung, wie es beim ersten Anschein aussieht, wenigstens nach dem Maßstab der Reparationsforderungen. Die Vorschüsse, welche die Union den Alliierten geleistet hat, betragen zusammen 8586 Millionen Dollars, wovon fast die Hälfte auf England, über ein Viertel auf Frankreich und beinahe ein Siebentel auf Italien kommen. Mit Hinzurechnung der unterdessen angelassenen Zinsen würden das nahezu 10 Milliarden Dollars und in Mark umgerechnet etwa 40 Milliarden Goldmark sein. Die Kriegsschulden der Alliierten an England betragen 1224 Millionen Pfund Sterling, wovon 556 Millionen auf Frankreich, 476,8 auf Italien und 103,4 Millionen auf Belgien kommen. Zu Mark umgerechnet würden das über 24 Milliarden Goldmark sein. Wenn von diesen Schulden der Alliierten an England und Amerika 50 Prozent gestrichen würden, so würde das einen Betrag von mehr als 32 Goldmilliarden ergeben, was aber nur einen verhältnismäßig geringen Teil der deutschen Reparationsschuld bedeutet, die bekanntlich 132 Goldmilliarden beträgt. Es bleiben also noch

mehr als 100 Goldmilliarden übrig. Und da liegen die Dinge denn so, daß es für uns im Grunde ziemlich Tade wie Hose ist, ob wir 100 oder 132 Goldmilliarden zu zahlen haben; denn wir können eben weder die eine oder die andere Summe jemals bezahlen.

Unmühsam wird man es schon begreifen müssen, daß dieses Problem in Washington angeschnitten wird; denn man ersieht daraus die wachsende Einsicht der alliierten Staatsmänner, daß der Reparationswahnsinn nicht ad infinitum fortgesetzt werden kann, wenn darüber nicht Deutschland und mit ihm Europa zugrunde gehen soll. Spricht doch aus Hardings Anregung die Erkenntnis, wie sehr sogar das goldgeschwollene Amerika darunter leidet. Trotzdem sträuben sich dort noch weite Kreise gegen einen solchen Schuldenschnitt, der, wie gesagt, nur den Anfang darstellen würde; denn es müßte ein weit tiefergehender Schnitt in die Deutschland aufgehaften Reparationen erfolgen, wenn unser finanzieller Zusammenbruch vermieden werden soll. Die Dinge liegen aber so, daß jedenfalls vor der Aufbringung der Januar-Rate an eine Revision des Reparationsabkommens schwerlich zu denken ist, wie das ja auch aus dem Ulaß der Reparationskommission klar hervorgeht. Ob es gelingen wird, diese Zahlung zu leisten ohne völlige Zerstörung unserer Währung — das neuerliche Sinken der Mark ist ein Menetekel für die Alliierten — wird ganz von dem Ausgang der Anleiheverhandlungen abhängen. Die dann notwendige folgende Erörterung der Reparationsrevision wird aber wiederum darauf eingestellt sein, inwieweit die Alliierten mit Frankreich fertig werden, das nach dem Worte Briand's durchaus „der Soldat der Welt“ sein will (im Zeichen der Washingtoner Abrüstung!) und zwar auf deutsche Reparationskosten!

Kritischer Stand der Kohlenversorgung.

Dyhe Uebersichten keine Rettung.

Essen, 26. November. Unter der Ueberschrift „Die katastrophale Entwicklung der Kohlenlage“ veröffentlicht die „Deutsche Bergwerkszeitung“ einen Artikel, in dem auf die Folgen hingewiesen wird, die sich aus der außerordentlichen Verschärfung der Kohlennot ergeben haben und noch ergeben müssen. Aus sämtlichen Industriezweigen häufen sich die Klagen über den Kohlenmangel. Die Zementwerke und Papierfabriken werden in der nächsten Woche den Betrieb ganz oder teilweise stilllegen müssen. Die Bestrebungen, eine Erhöhung der Kohlenherzeugung herbeizuführen, scheitern vollständig, weil die Hochöfen keinen Koks erhalten. Die Entente hat ihre Anforderungen an die Koksbelieferungen erhöht.

Auf der anderen Seite werden den deutschen Bergarbeitern seitens des Reichsarbeitsministers große Lohn erhöhungen zugesprochen, ohne daß daran die Bedingung der Mehrleistung geknüpft wurde. Das erwähnte Blatt fordert vom Reichsarbeitsminister unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen zur Herbeiführung von Uebersichten. Diese seien ohne besondere Vergütung in der Form der Wiedereinführung des Achtstundentages zu verfahren, zumal der deutsche Bergarbeiter schon heute hinsichtlich der Entlohnung unverhältnismäßig besser gestellt ist als die gesamten übrigen arbeitenden Volksschichten.

Zur Reichseisenbahn-Frage.

Berlin, 27. November. Zur Reichseisenbahn-Frage hört die Telegraphen-Union, daß die bisherigen Mitteilungen über die sogenannte Präsidialkonferenz, die der Reichseisenbahnminister nach München einberufen hatte, nicht zutreffen. In dieser Präsidialkonferenz hat eine große Zahl von Kapazitäten, die früher in leitenden Stellungen der Eisenbahnverwaltung tätig waren, teilgenommen. In der Debatte haben diese inaktiven Herren das Wort ergriffen. Von ihnen hat sich die Mehrzahl für die Notwendigkeit einer Reform der Eisenbahnen in privatwirtschaftlichem Sinne ausgesprochen, ein Standpunkt, der bekanntlich auch von dem langjährigen Leiter der preussischen Staatsbahnen, Dr. von Breitenbach, vertreten wird. Die Versammlung war einstimmig der Meinung, daß diese Frage im Gegenteil auf das ernsteste zu prüfen sei. Zur Klärung des Widerspruchs wäre es wünschenswert, wenn der Reichsverkehrsminister sich entschließen würde, die Niederschrift über die Münchener Sitzung zu verbreiten.

Stinnes' Bericht im Reichskabinett.

Berlin, 26. November. Das Reichskabinett beschäftigte sich heute vormittag mit der Frage des Kreditangebots der Industrie. Nach der Sitzung gab Hugo Stinnes, der gestern abend in Berlin eingetroffen ist, dem Reichstanzler und anderen Mitgliedern der Reichsregierung Bericht über seinen Aufenthalt in London und die Ergebnisse seiner Besprechungen.

Aus der Tatsache, daß Stinnes heute der Reichsregierung über seine Londoner Besprechungen Bericht erstattete, darf nach Äußerungen aus parlamentarischen Kreisen nicht die Schlussfolgerung gezogen werden, daß Stinnes doch in amtlichem Auftrage nach London gefahren ist. Es handelt sich, so schreibt das „Berliner Tageblatt“, lediglich um den Bericht eines hervorragenden Wirtschaftlers, dessen Ansichten und Erfahrungen für die Reichsregierung von Interesse sind.

Besprechungen mit Rothschild.

Berlin, 26. November. Im Verein der Berliner Kaufleute hielt am Donnerstag Direktor Graemer einen Vortrag über das Reparationsproblem und die Frage der Kreditbeschaffung. Er führte u. a. aus:

Die Opposition gegen das ursprüngliche Kreditprojekt sei nicht von Stinnes ausgegangen. Er hätte vielmehr in einem Briefe erklärt, der Kreditausschuß der Industrie müsse die Bedingungen ausarbeiten und sich bei der Ausarbeitung des Augenblicks würdig erweisen, der mit zu den größten der Geschichte zählen könne. Der Kanzler hätte dann aber den Kreditausschuß nicht einberufen. Herr Graemer wies in diesem Zusammenhang dann darauf hin, wie unsere Ausfuhr von Monat zu Monat sich verringere. Das gelte in erster Linie für die Reparationsindustrie. Mit unserem wirtschaftlichen Zusammenbruch könne man wahrscheinlich schon im Frühjahr rechnen. Rohstoffe seien im günstigsten Falle noch bis Mai vorhanden.

Eingehend beschäftigte sich Graemer mit den Besprechungen, die zwischen Rothschild, deutschen Wirtschaftsvertretern und Mitgliedern des Kabinetts stattgefunden haben. Zunächst fand Rothschild das Industrieprojekt ausgezeichnet. Als man dann aber Rothschild sagte, daß er und seine Freunde 12—15 Millionen Pfund anbringen sollten, erklärte er, eine solche Summe könne höchstens für ein Jahr aufgebracht werden. In einer anderen Unterredung wurde erklärt, Deutschland brauche einen Kredit von einer Milliarde Dollars. Rothschild antwortete: Soviel freies Geld haben wir nicht in England und Amerika zusammen. Als man ihn darauf verwies, daß Deutschland nach dem Londoner Ultimatum jedes Jahr eine solche Summe aufzubringen hätte, antwortete er: Die Forderungen des Ultimatums sind ja auch ein kompletter Blödsinn.

Die deutsch-polnischen Wirtschafts- verhandlungen.

Schluß der Genfer Beratungen.

Genf, 26. November. (W.B.) Die erste Genfer Tagung der deutsch-polnischen Konferenz, die die formellen Vorarbeiten zu erledigen hatte, nahm heute mittag ihr Ende. In der sehr kurzen Schlusssitzung wurde das Reglement der Konferenz, d. h. die Arbeitsfassung der weiteren Verhandlungen, gebilligt und von den Bevollmächtigten und dem Präsidenten unterzeichnet.

Hierauf hielt Präsident Calonder einen Vortrag an die beiden Abordnungen, in dem er die verständnisvolle und verständliche Zusammenarbeit hervorhob. Reichsminister a. D. Schiffer für Deutschland und Gesandter Olzowski für Polen dankten dem Präsidenten für die umsichtige Leitung der Verhandlungen. Wie bereits gemeldet, steht die Sitzung vor, daß fast alle Kommissionen in Oberschlesien tagen. Heute erzählt man, daß Präsident Calonder sich vorübergehend, und zwar kurz nach Beginn des neuen Jahres, nach Oberschlesien begeben wird, da sowohl er wie auch die Bevollmächtigten bei der Regierung seinen persönlichen Besuch in dem interessierten Gebiete für unentbehrlich halten.

Die deutschen und die polnischen Bevollmächtigten werden bereits im Beginn der Arbeit der Unterausschüsse nach Oberschlesien gehen. Ihr Sitz ist noch nicht festgesetzt und wird im wesentlichen von den Unterkunftsbedingungen abhängen. Für die Wahl der Verhandlungsorte der Unterkunftsstellen sollen allein sachliche Erwägungen maßgebend sein, so daß z. B. der Ausschuss für Eisenbahnwesen in Katowitz und der Ausschuss für Telephon- und Telegraphenwesen in Oppeln zusammenzutreten wird. An diesen erwähnten Orten soll auch der Ausschuss sich selbst aufhalten und erst dann nach Genf überfließen. Der Zusammenhang zwischen den Unterkunftsstellen und dem Präsidenten der Konferenz wird durch die Bevollmächtigten Schiffer und Olzowski aufrechterhalten. Sie sind verpflichtet, dem Präsidenten spätestens am 15. Januar 1922 den Abkommensentwurf zu unterbreiten.

Der endgültige Text des Abkommens wird, wie bereits gemeldet, in Genf aufgesetzt und unterzeichnet werden. Als rechtsgültiges Original gilt der französische Text, dem jedoch deutsche und polnische Übersetzungen, die von beiden Parteien beigelegt werden müssen, als Anlagen beigelegt werden.

Schiffer über das bisherige Ergebnis.

Genf, 26. November. Reichsminister a. D. Schiffer gab heute vormittag vor seiner Abreise aus Genf dem Sonderberichterstatter des Wolffischen Telegraphenbüros folgende Erklärung ab:

Bei aller Zurückhaltung, zu der uns unsere schwere Lage verpflichtet, müssen die deutschen Vertreter anerkennen, daß sich die Verhandlungen in durchaus angenehmen Formen abgepielt haben. Vorurteile und Zuspätkommen, wie man sie leider in früheren Konferenzen erleben mußte, waren in keiner Weise zu verzeichnen. Zur Sache selbst möchte ich darauf hinweisen, daß die Konferenz keine eigentliche Entscheidung brachte und auch nicht bringen konnte, da die Lösung der vorliegenden Probleme den Unterausschüssen vorbehalten bleibt, aber die Persönlichkeit des Herrn Calonder, der seine Tätigkeit sichtlich im Sinne des Ausgleichs der Gegensätze und unparteiischer Geschäftsführung aufstellte, dürfte viel dazu beitragen, eine Lösung der nicht wegzuleugnenden Schwierigkeiten auf dem Wege gegenseitigen Einverständnisses herbeizuführen. Ich selbst — fügte Reichsminister a. D. Schiffer hinzu — bemühte mich im Verlaufe der Beratungen immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Probleme, die uns anvertraut sind, nicht nur wirtschaftlichen Charakter tragen, sondern auch aufs engste verknüpft sind mit dem Schicksal und den moralischen Interessen der Deutschen in Oberschlesien.

Reichsminister a. D. Schiffer schloß seine Erklärung mit Worten der Sympathie für Genf und die gastliche Schweiz.

Der Arbeitsplan der Unterausschüsse.

Genf, 26. November. Die deutsch-polnische Konferenz erledigte heute ihre wesentlichen vorläufigen Aufgaben, d. h. die endgültige Aufstellung des Arbeitsplanes, und kam dabei zu dem von deutscher Seite bekräftigten Beschluß, daß die Unterausschüsse ihre Sitzungen in Oberschlesien abhalten. Die Unterausschüsse — an Zahl 11 — werden sich in folgende Aufgaben teilen:

1. Eisenbahnwesen; 2. Elektrizität und Wasser; 3. Währungsfrage; 4. Post, Telegraph und Telephon; 5. Zollwesen; 6. Rohle und Bergwerksprodukte; 7. die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände; 8. Sozialversicherung; 9. Grenzverkehr; 10. Gesetzgebung, Privatrecht und Nationalitäts- und Wohnungsfrage; 11. Schutz der Minderheiten.

Alle diese Kommissionen treten am 9. Dezember in Oberschlesien zusammen, mit Ausnahme der Kommission für den Schutz der Minderheiten, die nach Genf berufen wird. Später soll noch eine Unterkommission berufen werden, welche die Funktionen der Gemischten Kommission, das Schiedsgericht und die anderen zwischenstaatlichen Organe zu prüfen und die Ausführung des Abkommens zu sichern hat. Vorausichtlich wird diese auch in Genf tagen. In den Ausschüssen führt abwechselnd ein Deutscher und ein Pole den Vorsitz. Es wird dafür Sorge genommen, daß der Präsident der Konferenz, Calonder, über die Arbeiten der Ausschüsse auf dem Laufenden bleibt. Sie sollen ihre Arbeiten so früh fertigstellen, daß am 15. Januar 1922 die Gesamtkonferenz der Regierungsbevollmächtigten wieder in Genf zu einer zweiten Tagung zusammenkommen könne. Die deutschen und

polnischen Bevollmächtigten werden dann dem Präsidenten ihre Vorschläge unterbreiten.

Wie die kurze, heute Abend von der Konferenz abgegebene Mitteilung feststellt, wird der Text des Abkommens dann gemeinsam von den beiden Vertretungen und dem Präsidenten Calonder aufgestellt werden, wobei der Präsident darüber zu wachen hat, daß dieser Text dem Beschluß der alliierten Mächte entspreche. Im Falle der Uneinigkeit zwischen den beiden Parteien soll der Präsident selbst den endgültigen Text festlegen.

Die Konferenzmitglieder sind für heute Abend zu dem Leiter der Rechtsabteilung des Völkerbundes, dem Samel, zu Gast geladen. Die deutsche Abordnung reist morgen gleich nach der Sitzung nach Deutschland zurück.

Gesetzentwurf über Schutz der Mieter.

Der schon vor längerer Zeit angekündigte Gesetzentwurf über Mieterrecht und Mietverhältnissänderung ist jetzt dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat zugegangen. Aufgabe des neuen Gesetzes soll es sein, dem Mieter vor einer gegen seinen Willen erfolgenden Verdrängung des Mietverhältnisses zu schützen, soweit sich dies unter Berücksichtigung der Wohnungsnot mit den berechtigten Interessen des Vermieters vereinigen läßt. Mietverhältnisse sollen in Zukunft gegen den Willen des Mieters nur aus einigen wenigen, im Gesetz ausdrücklich genannten Gründen aufgehoben werden können. Die Aufhebung wird zugelassen, wenn

1. der Mieter oder ein Angehöriger seines Haushalts oder Geschäftsbetriebes den Vermieter oder einen Hausbewohner erheblich belästigt oder den gemieteten Raum oder das Gelände durch unangemessenen Gebrauch erheblich gefährdet oder wenn er unbefugt einem Dritten den gemieteten Raum überläßt,

2. wenn der Mieter an zwei aufeinander folgenden Terminen den Mietzins oder einen erheblichen Teil des Mietzinses nicht bezahlt hat, falls er sich nicht etwa ohne seine Schuld in Unkenntnis über die Höhe des Mietzinses befindet hat,

3. wenn der Vermieter aus besonderen Gründen ein so dringendes Interesse an der Wiedererlangung des Mietraumes hat, daß auch bei Berücksichtigung der Verhältnisse des Mieters die Vorenthaltung eine schwere Unbilligkeit für den Vermieter darstellen würde. Die Pflicht des Vermieters, den Raum selbst zu beziehen, soll allein die Aufhebung des Mietvertrages nicht rechtfertigen, damit soll vor allem verhindert werden, daß sich jemand durch Ankauf eines Hauses eine Wohnung verschafft. Wird das Mietverhältnis im Interesse des Vermieters aufgehoben, so hat der Vermieter dem Mieter die umzugskosten zu ersetzen. Die Ersatzpflicht besteht nicht, soweit dem Vermieter bei Verdrängung der Vermögens- und Erwerbsverhältnisse der Vertragszweck ein Ersatz nicht zugemutet werden kann. Dem wohlhabenden Mieter soll also gegenüber einem in weniger günstiger Vermögenslage befindlichen Vermieter ein Ersatzanspruch nicht zustehen.

Ist einer der durch Gesetz zugelassenen Gründe für die Aufhebung des Mietverhältnisses gegeben, so hat der Vermieter seinen Anspruch auf Aufhebung des Mietvertrages bei dem Amtsgericht durch eine „Aufhebungsklage“ geltend zu machen. Das Kündigungsrecht des Vermieters wird aufgehoben. Für die Aufhebung eines Untermietverhältnisses, z. B. in Bezug auf ein möbliertes Zimmer, genügt es, daß der Vermieter ein begründetes Interesse an der Wiedererlangung des Raumes hat. Die Ersatzpflicht von umzugskosten kann der Untermieter nicht verlangen. Ist das Mietverhältnis lediglich deshalb aufgehoben, weil der Vermieter ein besonderes Interesse an der Wiedererlangung des Mietraumes hatte, so darf der Mieter aus den gemieteten Räumen zwangsweise nur entfernt werden, wenn für ihn ein unter Berücksichtigung seiner Wohn- und Geschäftsbedürfnisse angemessener Ersatzraum gesichert ist. Erfolgt die Aufhebung aus einem der beiden anderen zugelassenen Gründe, so kann es, wie der Entwurf ausführt, dem Vermieter regelmäßig nicht zugemutet werden, den im Prozeß unterliegenden Mieter noch länger in dem Räume zu belassen. Zur Vermeidung von Härten kann das Gericht jedoch auch in solchen Fällen anordnen, daß die Vollstreckung erst nach Sicherung eines anderweitigen ausreichenden Unterkommens erfolgen darf. Die Entscheidung darüber, ob ein genügender Ersatzraum vorhanden ist, wird dem Mietvermittlungsamt übertragen, das wegen seiner Verbindung mit dem Wohnungsmarkt hierfür als besonders geeignet angesehen wird.

Die Bestimmungen des neuen Gesetzes sollen sich auf Mieträume jeder Art, also nicht nur auf Wohn-, sondern auch auf gewerbliche und geschäftliche Räume beziehen. Der Forderung nach Beteiligung der Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume wird nicht entsprochen. Die Bestimmungen gelten nicht für Neubauten; für diese, die bereits mehr dem Befehlsgemäße des Wohnungsmarktes unterliegen, wird auch in dieser Hinsicht die Zwangswirtschaft aufgehoben. (Auch auf die Räume gemeinnütziger Bauvereinigungen soll das Gesetz keine Anwendung finden.) Die Forderung der Neubautätigkeit ist der entscheidende Gesichtspunkt.

In einem zweiten Abschnitt enthält der Entwurf Vorschriften über die Einrichtung der Mietvermittlungsämter und über das Verfahren vor diesen Ämtern. Es sollen Mängel beseitigt werden, die sich bei der jetzigen Regelung ergeben und zu erheblichen Beschwerden aus Vermieter- und Mieterkreisen geführt haben. Vor allem wird die bisherige Unanschaulichkeit der Entscheidungen des Mietvermittlungsamtes beseitigt. In Zukunft soll die Anrufung

einer Bescheidungsstelle zulässig sein. Die Bescheidungsstelle wird jedoch nur als Rechtsbeschwerde zugelassen, d. h. nur dann, wenn die Entscheidung des Mietvermittlungsamtes auf der unrichtigen Anwendung einer Gesetzesvorschrift beruht. Die Einrichtung der Bescheidungsstelle ist der obersten Landesbehörde überlassen. Dabei ist nicht an die Schaffung neuer Behörden gedacht, vielmehr kann die oberste Landesbehörde eine Verwaltungsbehörde, das Landgericht oder ein höheres Gericht mit den Aufgaben der Bescheidungsstelle betrauen, auch Vermieter oder Mieter an den Sitzungen teilnehmen lassen. Das Verfahren vor dem Mietvermittlungsamt selbst wird vereinfacht. Unter gewissen Voraussetzungen können der Vorsitzende oder die Beisitzer Vorverhandlungen abhalten und selbst Entscheidungen treffen. Um die den Gemeinden durch die Einrichtung des Mietvermittlungsamtes zurzeit erwachsende finanzielle Belastung zu vermindern, wird die Erhebung von Gebühren vorgeesehen.

Weitere Vorschriften sollen die Unabhängigkeit des Vorsitzenden und der Beisitzer sichern. Die Amtszeit des Vorsitzenden muß mindestens ein Jahr betragen. Seine Absetzung ist nur aus Gründen zulässig, die auch die Entlassung eines nichtrichtigen Beamten rechtfertigen würden. Für die Beisitzer gelten gewisse für die Schöffen gegebene Vorschriften, insbesondere sind sie in einer bestimmten Reihenfolge zu den Sitzungen heranzuziehen. Dem Mietvermittlungsamt werden ferner fiktionspolizeiliche Befugnisse eingeräumt.

Der neue Entwurf ist gedacht als notwendige Ergänzung des bereits dem Reichstag zugegangenen Reichsmietgesetzes, das gegenwärtig im Wohnungsausschuss beraten wird. Das Reichsmietgesetz soll die Frage der Mieten neu regeln, der jetzt fertiggestellte weitere Entwurf soll die übrigen Rechtsbeziehungen zwischen Mieter und Vermieter regeln.

Danzigs Uebergang ins polnische Zollgebiet.

Danzig, 26. November. Am 1. Januar 1922 wird der Freistaat Danzig in das polnische Zollgebiet aufgenommen werden. Die bisherigen Zollgrenzen zwischen Danzig und Polen fallen weg. Dafür treten aber für Danzig die Sätze des polnischen Zolls in Kraft, die so außerordentlich hoch sind, daß sie Danzig wie ein unübersteigbares Wall vom deutschen Wirtschaftsgebiet abschließen.

Von Interessenten des Danziger Wirtschaftslebens sind an das Danziger Parlament und den Senat Eingaben gerichtet, in denen die Wirkung der polnischen Zölle auf zwei Branchen, den Schuhhandel und den Textilhandel, dargestellt sind. Danach beträgt der Zoll bei einem Stande der polnischen Mark von nur 7 Pfg. für ein Paar Schuhe 100—250 Mk. für ein Paar wollene Socken mit einem Verkaufspreis von 24 Mk. über 30 deutsche Mark. Für ein baumwollenes Herrenhemd zum Preise von 30 Mk. beträgt der Zoll 54 deutsche Mark, auf einen baumwollenen Schirm zum jetzigen Verkaufspreis von 75 Mk. kommt ein Zoll von 98 deutschen Mark. Einen garnierten Damenhut von etwa 300 Mk. trifft der enorme Zoll von 4760 deutsche Mark. — Nach schlimmer liegt die Sache bei fertigen Bekleidungsstücken: auf einen wollenen Wintermantel zum jetzigen Verkaufspreis von 650 Mk. entfällt ein Zoll von 1087 deutschen Mark, auf einen Anorakmutter von 375 Mk. 800 Mk. (deutsches Geld) Zoll. Bei einem Stand der polnischen Mark über 7 Pfg. erhöhen sich natürlich diese in deutsche Mark umgerechneten Ziffern.

In den Eingaben wird darauf hingewiesen, daß es die Pflicht der Danziger Regierung sei, Garantien dafür zu schaffen, daß das gesamte Wirtschaftsleben des Danziger Freistaates mit diesem Uebergang in das polnische Zollgebiet nicht mit einem Schlag in eine Wirtschaftskatastrophe gestürzt wird.

Notlage und Reform der Hochschulen.

Berlin, 26. November. Der Hauptausschuß des Landtages beriet am Freitag Abend über den Hochschuletat. Die Vertreter der sozialistischen Parteien, Professor Runo (Sog.), Dr. Weid (U. S.) und Dr. Weier (Komm.) brachten Beschwerden vor über die Dozenten, die noch immer Anhänger des alten Regimes seien, sich nicht auf die Republik einzustellen verständen. Von allen Rednern wurde die schwere Notlage der Hochschulen anerkannt. Nicht nur Studenten, Privatdozenten und Assistenten, deren Lage besonders bedauernd ist, sondern auch die Professoren sind materiell schlecht gestellt.

Staatssekretär Beder sagte die Bereitwilligkeit des Ministers zu, bei der nächsten Befolgungsordnung Abhilfe zu schaffen. Auf die Frage darüber, daß die Reform der Hochschule nicht in der erwarteten Geschwindigkeit erfolge, verwies der Staatssekretär darauf, daß mehrere der von ihm vorgeschlagenen Reformen, z. B. die Schaffung von Fachverbänden, vorläufig auf den geschlossenen Widerstand der Universitäten gestoßen seien, und daß er entschlossen wäre, nur in engster Zusammenarbeit mit den Hochschulen zu reformieren.

ReichsKnappschaftsgesetz.

Berlin, 27. November. Der Entwurf eines vom Allgemeinen deutschen Knappschaftsverbande aufgestellten ReichsKnappschaftsgesetzes, an dem die Knappschaftsältesten- und Angestelltenvertreter mit den Bergwerksbesitzern paritätisch sowie Vertreter der obersten Verwaltungs- und des Reichsarbeitsministeriums mitgearbeitet haben, ist nach mehreren Beratungen nunmehr endgültig festgestellt worden, jedoch er den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt werden kann. In einer größeren Versammlung Ende Oktober d. J. wurden noch einzelne zweifelhafte Punkte eingehend erörtert und dabei beschlossene, über diese Fragen noch einen verstärkten paritätischen Re-

dationsausschuß zu hören, nachdem der Vorsitzende, Geheimrat Dr. Weidmann (Machen), wiederholt betont hatte, daß es darauf ankomme, sowohl die Ansichten der Arbeitgeber als der Arbeitnehmer in Uebereinstimmung zu bringen. Diese Beratung hat am 24. d. Mts. stattgefunden, wobei vollkommene Einigung erzielt wurde. Der Reichsarbeitsminister sowohl als der preussische Handelsminister stehen, wie man annimmt, dem Gesetzentwurf wohlwollend gegenüber.

Die Apanage für Karl den Trenlosen.

Paris, 26. November. Die Votschaster-Konferenz hat vorgeschlagen, dem König Karl eine jährliche Apanage von 25000 Pfund Sterling zu bewilligen. Dieser Betrag wäre von Italien, Serbien, der Tschechoslowakei und Polen aufzubringen. Oesterreich und Ungarn seien nicht gehalten, sich an der Aufbringung der Apanage zu beteiligen, da diese beiden Länder durch die Thronbesteigung ihres früheren Herrschers keine Vorteile erzielt haben. Wie aus Belgrad gemeldet wird, werden Serbien, Rumänien und Tschechien eine Antwortnote an die Votschaster-Konferenz richten, in der sie auf den Reichtum der Habsburger in Ungarn hinweisen, der völlig ausreiche, um den Unterhalt des Königs Karl und seiner Familie zu sichern.

Eine dritte Lognaktion der Beamten und Staatsarbeiter.

Berlin, 26. November. In den nächsten Tagen soll eine dritte Aktion der Beamten und Staatsarbeiter zur Erhöhung der Gehälter und Löhne angesichts der noch immer fortschreitenden Lohnerhöhung beginnen. Der deutsche Beamtenbund hat am 23. d. Mts. die Spitzenorganisationen der Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten eingeladen, um über die Erhebung gemeinsamer Forderungen Beschlüsse zu fassen. Von den Unterverbänden soll diesmal der Regierung gegenüber die Notwendigkeit betont werden, die unteren und mittleren Gruppen der Beamten in ihren Bezügen wesentlich zu erhöhen, um gegenüber den jetzt geltenden Bezügen der höheren Beamten einen Ausgleich zu schaffen.

Von besonderem Interesse ist die Mitteilung der Reichsgewerkschaften Deutscher Eisenbahn-Beamten und Arbeiter, die verlangt, daß die Beamten, wie es bereits einige Gruppen der Industriearbeiter getan haben, eine gleitende Gehaltskala verlangen sollen, um ihr Einkommen entsprechend der Inflationsrate sofort der allgemeinen Wirtschaftslage anpassen zu können. Ob die Gewerkschaften im Anschluß an die Forderungen der Beamten für ihre Mitglieder ebenfalls Lohnaufbesserungen fordern werden, ist im Augenblick noch nicht entschieden.

Soziales und Kreisnachrichten.

Verfügbare Einrichtungen zur Ergänzung der allgemeinen produktiven Erwerbslosenfürsorge.

Zur Ergänzung der allgemeinen Erwerbslosenfürsorge ist man in einigen Städten — und zwar erstmalig in Hamburg — dazu übergegangen, besondere städtische Einrichtungen ins Leben zu rufen, um die unterliegenden Hilfsbedürftigen durch Ausübung der Allgemeinheit zugewandte kommunaler Arbeiten in eine produktive umzuwandeln. Die Ausrichtung der Mittel erfolgt nach dem Hamburger Vorbilde in der Weise, daß neben laufenden Zuwendungen der betreffenden Gemeinden und den Ersparnissen aus der unterstehenden Erwerbslosenfürsorge die Arbeitgeber und Arbeitnehmer Beiträge herangezogen werden. Die Verwaltung der Kasse wird zumeist einem Ausschuss übertrag, in dem sowohl die Gemeinde, wie die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände vertreten sind. Die Verweigerung der Beteiligung an den von der Einrichtung durchgeführten Arbeiten schließt in gleicher Weise, wie die Nichtannahme einer vom Arbeitgeber nachgewiesenen Arbeit den Anspruch auf die allgemeine Erwerbslosenunterstützung aus.

Demnach man auch mit dem städtischen Einrichtungen zugrunde liegenden Gedanken der Abhebung der finanziellen Unterstützung durch eine Arbeitsbeschaffung durchaus einverstanden sein kann, so wird doch ernstlich geprüft werden müssen, ob ein Weitergehen auf diesem Wege tatsächlich ratsam erscheint. Zweifellos handelt es sich bei der Erwerbslosenfürsorge um einen allgemeinen Notstand, dessen Bekämpfung demgemäß auch mit Mitteln der Allgemeinheit zu geschehen hat. Davon kann aber bei städtischen Einrichtungen der vorstehenden Art infolge der Freiwilligkeit der Beitragstellung keine Rede sein. Denn statt der Lasten nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auf alle Schultern zu verteilen, werden nur die sozialbedeutenden, sich ihrer Pflichten gegenüber den Erwerbslosen bewußten Arbeitgeber und Arbeitnehmer herangezogen. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. D. A.) hat daher seinen drückenden Widerspruch gegen die Anweisung gegeben, in allen Fällen, in denen die Bildung solcher Einrichtungen geplant ist, zunächst die Sachlage eingehend zu prüfen, um die Frage zu beantworten, ob der beschriebene Zweck nicht in anderer geeigneter Weise, insbesondere mit Hilfe der produktiven Erwerbslosenfürsorge des Reiches, durch Aufnahme von Anleihen usw. erreicht werden kann.

ihreits bereit, jede Hilfsaktion, die zu einer Gesundung der deutschen Volkswirtschaft führen kann, tatkräftig zu unterstützen. Die große Hilfsaktion der deutschen Landwirtschaft ist die Produktionssteigerung. Diese Hilfsaktion ist allen übrigen Aktionen durchaus überlegen, ja als Maßnahme auf weite Sicht allen anderen überlegen. Oberste Pflicht des Reiches ist es, für diese landwirtschaftliche Hilfsaktion die Wege freizumachen, indem alle Hindernisse für die Stärkung der landwirtschaftlichen Produktion beseitigt werden. Hierzu gehört, die Sicherheit zu schaffen, daß die Steigerung auf das Höchstmäß der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft gebracht wird und diese nicht durch Sozialisierungsversuche, Eingriffe in die Substanz oder steuerliche Überlastungen gefährdet wird; alle behördlichen Zwangsmaßnahmen, die den landwirtschaftlichen Betrieb erschweren und beeinträchtigen, müssen fortfallen. Die Landwirtschaft muß die erforderlichen Betriebsmittel erhalten, da sie nicht mehr unmittelbarer, sondern mittelbarer Produzent ist.

* Zum Kampfe gegen den Wucher ergeht von der städtischen Preisprüfungsstelle die Anforderung, an die laufende Bevölkerung in allen Fällen, in denen sie glaubt, zu hohe Preise gezahlt zu haben oder bemerkt worden zu sein, umgehend Anzeige bei der Polizeiwache im Rathaus zu erstatten. Keiner der Angehenden braucht sich zu scheuen, da bei der Untersuchung der Sache keinerlei Namen genannt wird. Die Namen der Angehenden werden auf Verlangen streng geheim gehalten. Die Polizeiverwaltung hat eine eigene Abteilung für Gewerbe- und Handelsachen eingerichtet.

* Stadttheater. Der Schwanf „Die doppelte Welle“ erhebt am Dienstag seine Erstaufführung. — Nachdem die Heiserkeit des 1. Oberstenmenschen Dr. Frisch wieder behoben ist, konnten heute die Gesamtproben für die Operette „Wenn Liebe erwacht“ wieder aufgenommen werden. — Die Aufführung des Schauspiels „Ueber den Wassern“ findet Montag den 5. Dezember statt. — Ed. Bötter kommt Anfang Dezember zu einem zweimaligen Gastspiel nach Waldenburg. Zur Einstudierung kommt für das Schauspiel „Kauisch“ von Aug. Strindberg und „Geistesfieber“ von Henrik Ibsen.

* Welt-Panorama, Kienstraße 34. Wiedermittelt uns dieses Institut eine nicht nur an Naturschönheiten reiche, sondern auch vom geschichtlichen und geographischen Standpunkte hochbedeutende Serie: eine Reise von Griechenland nach Palästina. Aus der Fülle der Ansichten seien besonders die aus Athen, der Hauptstadt Griechenlands, erwähnt; sie zeigen uns die noch erhalten gebliebenen Wandgemälde aus der alten griechischen Geschichte: die Akropolis, das Parthenon, die Propyläen, den Nike-Tempel, das Erechtheion und die Isthmion, die Karyatidenhalle, das Theater des Dionysos, das Olympieion usw. Reizvolle Bilder gewähren uns die Ansichten von Patros, Piräus, Salamis, Athen, Megara, Smyrna, Jaffa und der im Weltkriege so oft genannten Hafenstadt Saloniki. Reizvolle Gesichte wecken die Aufnahmen von den heiligen Stätten, wo Jesus geboren, gelebt und gelitten: Bethlehem, Jerusalem, Delberg usw., die den Schluß dieser hochinteressanten Serie bilden.

fr. Gottesberg, Verstehtenes. Die Mitglieder unserer Bergkapelle vereinigten sich am Freitagabend mit ihren Angehörigen im „Preussischen Adler“ zum Gedenkfest. Hobolt Hettmer leitete den Abend mit einer begrüßenden Ansprache ein. Einorchester-musikalische Darbietungen und Tanz ließen die Zeit schnell vergehen. Die Festmusik stellte die Charlottenbrunner Badkapelle. — Der immer noch andauernde Wassermangel macht sich in unangenehmster Weise fühlbar. — Der Beginn des diesjährigen Weihnachtsmarktes ist auf Sonnabend den 10. Dezember festgesetzt worden und endet am 24. Dezember, nachmittags 8 Uhr. Der Weihnachtsmarkt ist, als Schloß noch unter österreichischer Herrschaft stand, unter dem 29. November 1788 von Kaiser Karl VI. als Privilegium dem „Bergstädtlein Gottesberg“ verliehen worden. — Der Stenographenverein „Stolze-Schrey“ feierte am Sonnabend im „Schwarzen Roß“ sein 20. Stiftungsfest.

Bunte Chronik.

Ein Ueberangebot von Dienstmädchen

wird aus — Dänemark gemeldet. Am 1. November war nämlich dort „Elftedag“, das heißt Ziehtag für Hausangestellte, und dabei zeigte sich, daß dort die Dienstmädchennot ein Ende hat, und daß das Angebot die Nachfrage weit übersteigt. Die Ursache dieses Ueberflusses ist vor allem die schlechte Lage der Industrie. Viele Mädchen, die bisher in der Fabrik gearbeitet haben, sind arbeitslos geworden und suchen nun Hausarbeit. Die schlechte wirtschaftliche Lage bewirkt andererseits, daß viele Familien ihr Hauspersonal vermindern, so daß auch die Stellen knapp geworden sind. Die Löhne sind stark gesunken. Während sie im vergangenen Jahre 80 bis 100 Kronen monatlich betrugen, ist jetzt der Durchschnittslohn 50 bis 60 Kronen.

Das Bild im Totenange

In einer amerikanischen Zeitung finden wir folgende aufsehenerregende Notiz: Die Entdeckung eines Bildes im Auge eines Toten ist ganz dazu gemacht, uns zuerst zu verwirren und dann etwas tröstlich zu machen. Man denke sich: Die Retina des Auges eines Toten bewahrt den Eindruck des zuletzt von ihm gesehenen Gegenstandes mit photographischer Treue! Ist der Beyle, den der Tote sah, sein Mörder, so trägt das unglückliche Opfer das Bild des Mörder auf seiner Retina: ein entsetzlicher Blutzug gegen den Mörder. Doktor Pollock, ein ausgezeich-

neter amerikanischer Arzt, veröffentlicht in der „Democratic Press“ seine Untersuchung über diesen Gegenstand. Er hat gefunden, daß die „Lobesbilder“, die letzten Eindrücke auf der Retina, unter dem Mikroskop wunderbar zart, klar und genau sich darstellen. Es wird sofort bei einem Ermordeten, Namens Beardsoy, in Auburn, eine Untersuchung des Auges angeordnet, welche Dr. Sandford leitete. Der Bericht, welcher dieser dem Gericht abstattete, lautete folgendermaßen: Zuerst brachten wir das Auge in eine schwache Lösung von Nitrovin, welche die Erweiterung der Pupille bewirkte. Dann betrachten wir das Ende des Sehnerbs mit dem Extrakt, worauf die Netzhaut des Auges hervorsprang und hervorsahend blieb. Jetzt wandten wir eine starke Linse an und erblickten eine rohe, vorwärtsgewogene Gestalt eines Mannes in einem hellen Rod und neben ihm, gleichsam in der Luft aufgehoben oder schwebend, einen Stein. Das Auge war nicht unbeschädigt erhalten, das Bild daher unvollständig, was wahrscheinlich in der Zerstörung des Sehnerbs vom Gehirn seinen Grund hatte. Wäre die Untersuchung vorgenommen worden, ohne daß das Auge aus seiner Höhle entfernt worden wäre, so bliebe kein Zweifel, daß das Bild auf der Retina sich vollkommen erhalten hätte. Die verzerrten Umrisse und namentlich die jetzt unerkennbaren Gesichtszüge des Mörders, welcher auch nach der Meinung des Leichenbeschauers durch einen Stein seinem Opfer den Schädel zertrümmerte, würden dies in klarer und deutlicher Weise gezeigt haben. Dieser Eindruck müßte umso schärfer und bestimmter gewesen sein, als die Todesangst des Ermordeten zu einem viel heftigeren Gemacht haben muß, wie ein solcher sonst empfangen zu werden pflegt.

Ein einträgliches „Grundstücksgeschäft“.

Daß es möglich ist, auch ein fremdes Grundstück, an dem man nicht den geringsten Besitzanteil hat, zu verkaufen, haben in Berlin zwei Betrüger bewiesen, die sich Hans Glas und Otto Mähre nannten. Die Betrüger, die von der Kriminalpolizei gesucht werden, „verdienten“ bei dem Geschäft nicht weniger als 200000 Mark. Ein hiesiger Grundstücksmakler hatte ein Hausgrundstück im Tiergartenviertel zum Verkauf ausgeschrieben. Bei ihm meldete sich nun ein Mann, der sich Hans Glas nannte und erklärte, daß er im Auftrag der Firma Göhlisch u. Co., G. m. b. H., verordnete Grundstücksmakler in Hamburg, Breite Straße 34, das Haus für einen „Dr. Fränkel“ aus Hamburg kaufen wolle. Zum Ausweis legte Glas eine Geschäftsakte der Firma Göhlisch vor. Der Makler zeigte ihm auch das Grundstück und übergab ihm außerdem alle erforderlichen Zeichnungen und Papiere. Hieraus erlah Glas, daß das Grundstück einem Herrn Mähre aus Preilitz bei Baugen gehöre. Nach einigen Tagen kam er wieder zu dem Makler und erklärte, daß nach erfolgter Rücksprache das Grundstück so gut wie gekauft sei. Dann ließ er sich nicht mehr sehen. Dagegen wandte er sich jetzt an eine hiesige Grundstückvermittlungsgesellschaft. Hier stellte er sich als „Obersekretär Hans Glas“ aus Baugen, Schwager des Hauseigentümers Mähre in Preilitz, vor, und teilte mit, daß er den Auftrag habe, das Tiergartengrundstück seines Schwagers zu verkaufen. Eine Vollmacht, die ein Berliner Notar ausgestellt hatte, bestätigte die Angaben. Mit Hilfe einer zweiten Fälschung gelang es Glas, bei einem anderen Notar das Kaufgeschäft zum Abschluß zu bringen. Die Gesellschaft zahlte 200000 Mark an. Der wirkliche Eigentümer Mähre wußte von diesem ganzen Vorgange vorerst nichts, er erfuhr von dem Verkauf seines Grundstücks erst dadurch, daß die Vermittlungsgesellschaft ihm den Abschluß des Geschäfts schriftlich mitteilte. Von den Betrügern fehlt vorläufig jede Spur.

Felix Philipp

Seinen 70. Geburtstag, den er am 5. August d. J. gefeiert, hat Felix Philipp nicht lange überlebt. Der Kunde von seiner schweren Erkrankung ist die seines Hinscheidens unmittelbar gefolgt. Aus einer alten Berliner Familie stammend, widmete er sich zunächst dem Klavierspiel und erreichte eine anscheinliche Technik als Pianist; namentlich galt er auch noch in späteren Jahren als hervorragender Interpret der Werke Wagners, die er aus dem Gedächtnis spielte. Dann wendete er sich der Publizistik zu und wirkte etwa ein Jahrzehnt lang in München als Kritiker auf dem Gebiete des Theaters, der Musik und der bildenden Kunst. In seine Münchener Zeit fällt die erste deutsche Aufführung von Ibsens „Gespenster“, die er im Stadttheater in Augsburg vor geladenen Gästen veranstaltete. Bereits während seiner Kritikerstätigkeit schrieb Philipp zahlreiche Dramen. Sein Erstlingswerk „Der Abwehr“ im Jahre 1885 brachte ihm einen schönen Erfolg, das zweite Stück, das Schauspiel „Daniela“, wurde schon im königlichen Schauspielhaus in Berlin aufgeführt. 1891 übersiedelte er nach Berlin. Jahr für Jahr erschienen nun Dramen, die, zumeist von starker Aktualität und geschickter, an französisches Muster gemahnenen Made auf der Bühne von packender Wirkung waren, aber nur als theatrale, nicht als literarische Ereignisse zu werten sind. Die bekanntesten sind: „Wohltäter der Menschheit“ (1894), „Der Dornenweg“ (1896), „Wer war's“ (1897), „Das Erbe“ (1898), „Das große Licht“ (1901), „Das dunkle Tor“ (1903). In letzter Zeit ist Philipp als Erzähler hervorgetreten und hat als Schilderer mit Berlins viele Leser gefunden.

Wettervorhersage für den 29. November:

Zeitweise heiter, neblig, schwachwindig, milder.

Kreditaktion und Schlesischer Landbund.

Der 3. Schlesische Landbundtag in Bogenitz nahm einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt: Die Industrie plant eine Kredit-Hilfsaktion für das Reich. Die Landwirtschaft ist

Danksagung.

Herzlichen Dank sagen wir auf diesem Wege allen, die uns beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters und Großvaters ihre Anteilnahme durch Wort und Schrift in so überaus tröstlicher und wohlthuender Weise bekundet haben.

Insbesondere danken wir Herrn Vikar Bräuer, für seine liebevollen Worte am Sarge, den verehrten Hausbewohnern für die kostbaren Kranzspenden und ihr freundliches Mitgefühl, dem Hande'schen Männerchor für die freundschaftliche Teilnahme und erhebenden Gesänge, dem Turnverein von 1860 für das ehrende Geleit, der kirchlichen Gemeinschaft und allen lieben Freunden und Bekannten für die zahlreiche Beteiligung am letzten Gang.

Emilie Hoheisel, geb. Heinze.
Dr. med. **Hoheisel** und Frau.
Grubensteiger **Hoheisel** und Frau
und drei Enkelkinder.

Am 21. November 1921 ist in unser Handelsregister B. Nr. 73 die Firma „C. H. Neumann Söhne, Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Waldenburg i. Schl.“ eingetragen. Gegenstand des Unternehmens: Der Handel mit Eisen, Eisenwaren und sonstigen zu diesem Geschäftszweige gehörigen Gegenständen, insbesondere auch der Erwerb und die Fortführung des unter der Firma C. H. Neumann Söhne in Waldenburg i. Schl. betriebenen Eisenhandelsgeschäftes. Stammkapital: 1.000.000,00 Mark. Geschäftsführer: Kaufmann Friedrich Benedix und Kaufmann Max Hollmann in Waldenburg Schl. Der Gesellschaftsvertrag ist am 21. Oktober 1921 geschlossen. Die Gesellschaft wird, wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind, durch zwei Geschäftsführer, oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen, oder durch zwei Prokuristen vertreten. Die Gesellschaft wird für die Zeit bis zum 31. Dezember 1935 errichtet. Ihre Dauer verlängert sich nach Maßgabe des § 8 des Gesellschaftsvertrages.

Amtsgericht Waldenburg Schles.

Viehzählung am 1. Dezember 1921.

Am 1. d. Mts. findet eine Viehzählung statt. Sie erstreckt sich auf Pferde (ohne Militärpferde), Rautiere und Maulesel, Esel, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Kaninchen, Federvieh und Bienenvölker. Die Zählung dient nur amtlichen statistischen Zwecken. Die Ausübung des Zählgeschäftes erfolgt durch ehrenamtliche Zähler.

Besonders hingewiesen wird auf § 4 der Bundesratsverordnung vom 30. Januar 1917, der wie folgt lautet:

Wer vorsätzlich eine Anzeige, zu der er auf Grund dieser Verordnung oder der nach § 2 erlassenen Bestimmungen aufgefordert wird, nicht erstattet oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft; auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil „für dem Staate verfallen“ erklärt werden.

Waldenburg, den 25. November 1921.

Der Magistrat.

Säuglingsfürsorgestelle Dittersbach.

Die Säuglingsfürsorgestelle, die bei Einrichtung des Rotlazaretts im Juli d. J. ihren Betrieb einstellte, wird am 1. Dezember d. J. wieder eröffnet.

Die täglichen Sprechstunden der leitenden Schwester sind von 8-9 Uhr vormittags; gleichzeitig erfolgt die Abgabe der Lebensmittel.

Sprechstunden im Beisein des Arztes sind jeden Dienstag und Freitag nachmittags von 4-5 Uhr.

In der mit der Fürsorgestelle verbundenen Milchküche wird reinfertige Säuglingsnahrung für kranke und gesunde Säuglinge hergestellt. Anmeldungen auf Bezug der Säuglingsnahrung werden ab Montag den 28. 11. von 9-10 Uhr vormittags in der Fürsorgestelle entgegengenommen.

Dittersbach, 25. 11. 1921. Der Gemeindevorst. Stello.

Neuzendorf.

Gundesteuer.

Um genaue Kontrolle der steuerpflichtigen Hunde führen zu können, sind Hundesteuermarken von der Gemeinde angeschafft worden, und fordere ich die Hundebesitzer auf,

Dienstag den 29. November, vorm. von 9-12 Uhr, im hiesigen Gemeindebüro eine Steuermarke gegen Erstattung der 75 Pfg. pro Marke betragenden Selbstkosten in Empfang zu nehmen. Die Marke ist dem Hunde umzuhängen. Wer seinen Hund ohne diese Marke herumlaufen läßt, wird bestraft.

Neuzendorf, 25. 11. 21. Der Gemeindevorsteher.

Stallung für 2 Pferde

per bald oder 1. Januar 1922 zu mieten gesucht.

Edeka-Einkaufverein der Kolonialwarenhändler,
Waldenburg i. Schl., Freiburger Straße 8.

Bretter,

Tichte und Tanne, 20 mm stark, in normalen Längen, sind von der Schneidemühle unseres Hans-Heinrich und Marie-Jachates in Waldenburg abzugeben.

Königlich Preussische Bergwerks-Direktion,
Schloß Waldenburg i. Schl.

Beim Finanzamt Waldenburg werden sofort

12 Schreibhilfen

zur vorübergehenden Beschäftigung eingestellt. Meldung im Finanzamt Auenstraße 231, Zimmer 13.

Ein böser Husten

hat böse Folgen!

Gar. rein. Kienmelhonig

in Fl. à 4.50 u. 8.- Mk.,

Russischer Anöterich,

in Dosen à 2.- u. 3.50 Mk.,

lindern jeden Hustenreiz.

Zimmer rein und fein in der
Schloß-Drogerie Ober Waldenburg.

Künstliche

Zähne,

Plomben usw.

A. Tschöpe,

Dentist,

Waldenburg i. Schl.,
Kirchplatz 5, II.

Tel. 658.

Behandlung sämtlicher
Krankenkassen-Mitglieder.

Belohnung

erhält derjenige, der mir über den Verbleib meines gelbbraunen Dobermann „Lux“ Nachricht gibt, bezw. denselben zurückbringt.

Schoepe,
Freiburger Straße 13.

Delgemälde

aus der Sammlung meines verst. Mannes, als Weihnachtsgeschenk sehr geeignet, stehen preiswert zum Verkauf bei

M. Tatzelt,
Albertstraße 13, I.

Rot- und Weißwein - Flaschen

1/2 und 1/2 Größe,
kaufen

Gustav Seeliger,
G. m. b. H.

Tausche

meine Stube und Küche in
Waldenburg - Altstadt gegen 2
Studen u. Küche in Walden-
burg-Alt- oder Neustadt.
Müller, Schenkerstr. 3.

Kleine Anzeigen

(Zeile 80 Pfg.)

finden

in der
Waldenburger
Zeitung

zweckentsprechende
Verbreitung!

Große Ausstellung schöner Papierausstattungen

die infolge günstigen Einkaufs

zum Teil noch sehr preiswert sind,
in meinem Oberlichtsaal.

Günstige Gelegenheit für Weihnachtsgeschenke.

E. Meltzer's Buchhandlung,
Ring Nr. 14.

Allgemeine Ortskrankenkasse für die Stadt Waldenburg.

Ordentliche Ausschuß-Sitzung

Dienstag den 6. Dezember 1921,
abends 7 1/2 Uhr, im Gasthause „zu den drei Rosen“ hier selbst.
Tagesordnung;

1. Geschäftsbericht.
2. Abnahme der Rechnung für das Geschäftsjahr 1920.
3. Erteilung der Entlastung.
4. Wahl des Ausschusses für die Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres.
5. Festsetzung des Voranschlages für 1922.
6. Satzungs-Änderung.
7. Neuaufstellung einer Dienstordnung für die Angestellten der Kasse.
8. Mittellungen und Anträge.

Die Ausschußmitglieder erhalten noch besondere Einladungen.
Waldenburg, den 26. November 1921.

Der Vorstand. Hackert.

Schuhmacher-Zwangs-Zinnung Waldenburg.

Die Wahl zum Gesellenausschuß

findet Mittwoch den 30. November, abends 7 Uhr, im
Auswärt der „Stadtbrauerei“ statt, wozu die Gesellen, welche
bei Zinnungsmitgliedern in Arbeit stehen, eingeladen werden.

P. Faulde, Obermeister.

Volkshochschule.

Die Ausgabe der Bücher erfolgt von dieser Woche ab
Mittwoch von 5 1/2-6 1/2 in der Geschäftsstelle der W. H. Als
Ausweis ist die Mitgliedskarte, in Fällen, wo diese noch nicht
zugestellt ist, die Hörerkarte mitzubringen.

Nur Mittwoch in Waldenburg.

Kauf alte Zahngelbisse,

auch zerbrochene Teile, einzelne Zähne usw.

Zahle allerhöchste Berliner Preise, kein Zahn unter 20 Mk.,
Knopfschiffe die Hälfte, wenn der Zahn verwertbar ist.
Anlauf nur Mittwoch den 30. November 1921,
von 9-5 Uhr, im Hotel Goldene Sonne (Sonnenplatz),
eine Treppe, Zimmer 1.

Georg Gänßlen, Berlin.

Eisenbahnfahrpläne

sind zu haben in der
Geschäftsstelle der
Waldenburger Zeitung.

Ordentliches, kräftiges Dienstmädchen

für 1. Dezbr. gesucht. Wo? sagt
die Geschäftsstelle d. Ztg.

Betr. Karoffelschalen u. kleine Karoffeln

kauft Kuhn, Kirchplatz 4, II.

Sofort bereit von der Erkranktheit,

Rheumatismus, Gicht u. Nerven-
krankheit. Viele Dankschreiben
und Empfehlungen. Arztl. be-
glaubigt. Versand unaufrichtig.
Prospekt gratis.

Chem. Fabr. Leopold Otto,
Hannover, Aemmerstr. 5.

Stadttheater Waldenburg.

Dienstag den 29. Novbr. 1921:

Erstaufführung!

Ein voller,
durchschlagender Lacherfolg
an allen deutschen Bühnen!
So ein Schwanke fehlte uns!

Die doppelte Adele.

Schwanke in 3 Akten.

In Vorbereitung:
Wenn Liebe erwacht.

Gastspiel Eduard Pötter.

Kausch.

Gespensier.

Entstaatlichung des Geldes.

Von Landgerichtsrat Fr. Saar-Ansbach.

Geld hat längst aufgehört, ein Selbstwert zu sein. Es ist zu einer staatlichen Einrichtung geworden. Geld ist das vom Staat durch Gesetz bestimmte Zahlungsmittel, das alle Schulden tilgt, alle Leistungen — insbesondere die Steuern und Abgaben — erfüllt. Deshalb ist die Substanz des Geldes bedeutungslos geworden, soweit es sich um den inländischen Verkehr handelt. Ein Geldzeichen — Papiergeld — genügt hier durchaus. Anders im Auslandsverkehr. Hier reicht die Landesgesetzgebung nicht aus, ihren Geldzeichen Zahlungskraft zu verschaffen.

In diesen Sätzen, mit denen der bekannte Politiker und Abgeordnete Herr Dr. Otto Arendt einen Zeitungsartikel „Weltgeld“ eingeleitet hat, ist allerdings die tatsächliche Verfassung unseres Geldwesens guttessend geschildert; das Geld ist tatsächlich zu einer staatlichen Einrichtung geworden. Das Tatsächliche ist aber nicht immer zugleich das Richtige. Es kann unrichtig, ja schlecht und verwerflich sein. Das Tatsächliche eines Zustandes ist nicht ohne weiteres eine Gewähr dafür, daß er auch gut ist. Wenn wir die Geschichte des Geldwesens überblicken, so gewahren wir, daß die Verfassung des Geldwesens in den modernen Staaten auf einem in die Jahrhunderte hinein sich erstreckenden Mißbrauch der Einrichtung des Geldes durch den Staat beruht. Dieser hat seine Geldbedürfnisse mit dem Geldwesen verknüpft und es dadurch gründlich verdorben. Gefällige Theoretiker sind den Interessen des Staates heilgesprochen und haben, um seine Geldpolitik zu rechtfertigen, erklärt, dem Staate stehe das Recht der Geldschöpfung zu, Geld sei nur, was der Staat als solches bestimme. Dieses Dogma hat viele Anhänger gefunden; die juristische Theorie unserer Zeit wird von ihm beherrscht. Es hat sich aber als ein verhängnisvoller Irrglaubenssatz erwiesen. Das Geld ist seinem Ursprunge nach ein Geschöpf des freien Verkehrs. Dieser, nicht der Staat hat es geschaffen; der Staat hat es nur vorgefunden. Er hat sich seine Herstellung angeeignet, Mißbrauch damit getrieben und so die ursprünglich gute Beschaffenheit des Geldes zum Schlechteren verändert. Welches Unheil hat nicht die Staatsgewalt in früheren Jahrhunderten und jetzt wieder angerichtet, seitdem sie das Geldwesen an sich gerissen hat! Was wollen die Münzfälschungen einzelner Personen oder kleiner Banden bedeuten gegen die ungeheuerlichen, die Vermögen ganzer Völkerteile zerstörenden Verbrechen, die sich schon Staatsmänner durch Geld- und Wertfälschungen haben zuschulden kommen lassen? Sie verschwinden dagegen. Wäre doch das Geldwesen von den Zugriff des Staates verschont geblieben! Wo der Staat seine vermittelnde, polizeilich überwachende und gerichtlich abmahnende Tätigkeit überschritten und sich herausgenommen hat, Geld zu schaffen, hat er Unheil angerichtet. Darum muß eine Politik, die auf eine Gesundung des Geldwesens hinstrebt und das „faule“ Geld auszuwechseln will, die Entstaatlichung des Geldes zum Programm haben. Dem Staat muß seine angemaßte Rolle der Geldschöpfung genommen werden. Die sogenannte staatliche Theorie des Geldes muß als eine der schädlichsten Irrlehren der neueren Zeit entlarvt werden. Der Staat soll sich in Geldsachen auf polizeiliche Funktionen beschränken; er soll den Verkehr gegen Münzverbrechen in weitestem Sinne sichern, ihn fördern und abmahnend überwachen. Uebernimmt er schuldig und abmahnend überwachen. Uebernimmt er das Geld herzustellen, so soll er dies nur als Vermittler tun, indem er damit eine Tätigkeit ausführt, die der einzelne nicht oder doch nur mit Schwierigkeit selbst übernehmen könnte. Beschreibt sich so der

Staat, läßt er seine eingeschränkte Funktion gut aus, dann wird der freie Verkehr nur gutes Geld zulassen. Denn wer wird, wenn er nicht von Staatswegen dazu gezwungen wird, sich Zahlungen in unterwertigen Scheidemünzen oder gar in Zettelgeld, dessen Einlösung unsicher ist, gefallen lassen? Ein jeder wird nur solches Geld in Zahlung nehmen, von dem er überzeugt ist, daß auch jeder andere es als Zahlung annehmen würde. Welches Geld erfüllt nun diese Anforderungen mehr als Münzen, die nach Metallart und Gewicht geprägt sind? Eine Silbermünze zu 10 Gramm ist dies überall in der Welt.

Erst das Metallgeld nach Gewicht ist das wirkliche wahre Weltgeld. Es setzt sich im Verkehr durch, nicht durch Staatszwang, nicht durch internationale Vereinbarungen, die doch wegen der Nichtteilnahme des einen oder anderen Staates lückenhaft bleiben werden. Es bedarf nicht der Staatskräften, um im Verkehr umzulassen. Es setzt sich durch, einzig und allein vermöge seiner eigenen guten Eigenschaften, die es überall willkommen machen. Welch eine Ehre wäre es für einen Staat, der es unternähme, als erster solches Weltgeld in Umlauf zu bringen! Sein finanzielles Ansehen würde dadurch in der ganzen Welt steigen. Er würde sich über die anderen Staaten, die noch an der vererbten Geldmacht kleben bleiben wollen, emporheben und durch sein Vorgehen diese schließlich nötigen, seinem guten Beispiel zu folgen.

Aus Stadt und Kreis.

Waldenburg, 28. November 1921.

Verband der Einzelhandelsvereine im Handelskammerbezirk Schweidnitz G. B.

Am 21. November fand in Frankenstein im Hotel „Drei Berge“ eine Vertreterversammlung des Verbandes unter dem Vorsitz des Kaufmanns Frauboes (Schweidnitz) statt, zu der 10 Vereine 16 Vertreter entsandt hatten.

Die Versammlung befaßte sich zunächst mit dem Vorentwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit der Angestellten. Man sprach sich unter Betonung der ungünstigen wirtschaftlichen Lage Deutschlands grundsätzlich gegen eine gesetzliche Festlegung des Achtstundentages aus. Sollte aber gleichwohl eine Neuregelung der Arbeitszeit erfolgen, so müßte der Einzelhandel unbedingt eine mindestens neunstündige Arbeitszeit fordern, da die Beschäftigung im Einzelhandel keine ununterbrochene und keine so anstrengende sei wie in den Fabriken, sondern vielfach nur in einer Arbeitsbereitschaft bestehe. Von dem Gesetze müßten die Lehrlinge ausgenommen werden und deren Arbeitszeit in einem besonderen Gesetz über das Lehrlingswesen bezw. Jugendfürsorge geregelt werden. In der Einschränkung der Nebenarbeit durch die Angestellten gehe der Gesetzentwurf nicht weit genug, und es müßte die Nebenbeschäftigung der Angestellten nicht nur im ihrem oder in einem verwandten Berufe, sondern auch in jedem anderen Berufe verboten werden. Ein unbedingtes Erfordernis sei weiter, daß die Schulstunden der Fortbildungsschulen keinesfalls in die Geschäftszeit fallen dürfen. Im übrigen trat der Verband dem bereits von der Handelskammer Schweidnitz in dieser Angelegenheit erstatteten Gutachten bei.

Der Entwurf der Reichsregierung bez. Neuordnung der Sonntagsruhe wurde abgelehnt und einem Antrage des Einzelhandels-Aus-

schusses des Deutschen Industrie- und Handelstages beigetreten, der dahin geht, die Reichsregierung zu ersuchen, der Verordnung über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vom 5. Februar 1919 mit Rücksicht auf die Verschiedenartigkeit des Handelsgewerbes in den einzelnen deutschen Ländern den Zutritt hinzuzufügen: „Die Regelung und Verteilung der gesetzlich erlaubten Arbeitsstunden hat nach den örtlichen Verhältnissen durch die Polizeibehörden im Einvernehmen mit der Händlerschaft zu erfolgen.“

Weiter fanden die vom Einzelhandels-Ausschuß des Industrie- und Handelstages angenommenen Grundsätze für die Anwendung der Preistreibereivordnung die volle Billigung der Versammlung. Insbesondere mußte der § 2 der Preistreibereivordnung vom 8. 3. 1918 eine Anwendung dahin erfahren, daß das durch ihn gewährte Recht der Bildung von Durchschnittspreisen für gleichartige Gegenstände gestatte, auch solche Waren in die Durchschnittskalkulation einzubeziehen, die zwar bereits fest gekauft sind, sich aber noch nicht am Lager befinden. Der Begriff „gleichartig“ ist auf ganze Warengruppen zu erstrecken. Der Verband wird bemüht sein, durch ausflärende Mitteilungen an die Presse der in der Bevölkerung vielfach vorhandenen falschen Auffassung über die Preisbildung der Waren zu begegnen.

Großes Interesse erweckten die Mitteilungen eines Vertreters aus der Gasse über den gegenwärtigen Umfang, den der Absatz der dortigen Geschäfte durch die Bewohner der Tschechoslowakei angenommen hat. Die zuständigen behördlichen Stellen sollen ersucht werden, das Hereinströmen der Ausländer einzudämmen und die Geschäftsinhaber werden gebeten, an die Käufer nur geringe Warenmengen abzugeben.

Mit Entrüstung wurde davon Kenntnis genommen, daß deutsche Großhändler an Einzelhändler das Ansehen stellen, Bezahlung in Fremdwährung zu leisten. Gegen ein solches Geschäftsgebot soll mit allem Nachdruck Stellung genommen werden. Von der erfreulichen Entwicklung des Glasversicherungsvereins Schweidnitz a. G. nahm man mit Genugtuung Kenntnis. Der Verein zählt bereits 251 Mitglieder, an Prämien wurden 63 000 M. vereinnahmt, an Geschäftsanteilen sind 177 750 M. eingezahlt worden. Schadensfälle haben sich erst zwei ereignet. Mit Rücksicht auf die schwere Belastung, die die Gewerbetreibenden durch die Gewerbesteuer erfahren, wird sich der Verband dafür einsetzen, daß auch die Landwirtschaft stärker zu den öffentlichen Lasten herangezogen wird, und zwar soll auf die Einführung besonderer Gemeindegroßsteuern gedrungen werden, da die auf staatlicher Veranlagung beruhende Grundsteuer Bovermähm maßstäbe enthält, die, aus dem Jahre 1861 stammend, für die heutigen Verhältnisse durchaus ungenügend sind.

Von einem Versammlungsteilnehmer wurde die Mitteilung gemacht, daß im Bezirke von Litzke gerichtete Seite versucht werde, die Kaufleute für ein westdeutsches Inseratenunternehmen zu gewinnen. Es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß ein derartiges Unternehmen nicht unterstützt werden wird, da gerade von jener Seite alles versucht werde, um den selbständigen Handel- und Gewerbetreibenden, fast in jeder Beziehung zu unterdrücken. Weiter wurde ein Fall zur Sprache gebracht, in dem in der Reichswehr dem gemeinsamen Warenbezug durch Verwendung von Dienstfuhrwerken Vorwand geleistet worden ist. Auch hiergegen wird der Verband auf Abhilfe Bedacht nehmen, und es soll erneut betont

Berliner Brief.

Von Richard Mann.

S. & H. Wer heute als Fremder nach Berlin kommt — und die Reichshauptstadt steht im Zeichen der Weihnachtsbelebung —, der kann sein blaues Wunder erleben. Mit Jagos Wort: Tue Geld in deinembeutel ist es allein nicht getan. Man muß daneben die nötige Schläue besitzen, um überhaupt zu den gewünschten Gegenständen zu gelangen. Nehmen wir aus Geratewohl ein paar Jagen. „Gegenstände des täglichen bezw. des Weihnachtsbedarfs“, als da sind Schokolade, Zigarren, Zigaretten, Stiefel, Bäche und ähnliche Schenke. Ja, es ist natürlich alles da, aber — z. B. die Schokolade. In der vorigen Woche festeten plötzlich die Angstkäufe in diesem lederen Artikel ein mit dem Erfolg, daß sein Preis in wenigen Tagen durchschnittlich 50 prozentige Aufschläge erfuhr. Wer die kleineren Schokoladengeschäfte unverdrossen abklapperte, bekam die Präfekturpäckchen noch mit 10,50 M. pro 100 Gramm. Heute kosten sie 16 M. Die großen Geschäfte aber hatten natürlich schon am folgenden Tage nur noch die teuren Packungen am Lager, da es ja noch immer jene Gekörte von Zeitgenossen gibt, die die Konjunktur ausnützen und die billigere Ware aufkaufen. So man so erging es uns mit den Zigarren. Die Sorten für 2 M. stiegen in einer Nacht auf 3 M. an, und nur ganz kluge Leute hatten auch hier den richtigen „Nieder“ gehabt und sich rechtzeitig mit den vorhandenen alten Beständen eingedeckt. Den gleichen Nummel erlebt man mit den Zigaretten. Die Sorten unter 40 M. waren wie mit einem Zauberstrich verschwunden und wir werden sie ja auch angesichts der neuen Steuerbestimmungen auf absehbare Zeit

hinaus nicht wieder zu rauchen bekommen. Auch in den Stiefelgeschäften gab es eine noch nie dagewesene Panne. Sprünge von 375 auf 495 M. für das Paar waren innerhalb weniger Tage zu verzeichnen, und was die neuen Lieferungen um die eigentliche Weihnachtszeit herum kosten werden, darüber wagt man überhaupt nicht nachzudenken. Die Bäche ist ein Kapitel für sich. Herrentragen z. B. werden in den großen Geschäften nur stückweise abgegeben, so daß es dem kaufmännischen Talent des einzelnen überlassen bleibt, auf welche listige Art und Weise er allmählich doch noch zu einem halben oder Duzend kommt. Glücklicherweise Leute, welche viele Kinder und Hausgenossen haben. Sie lassen nach der begehrten Ware ganz wie in jüngstvergangenen Zeiten „ansehen“, was sich übrigens auch bei den notwendigen Lebensmitteln allgemach wieder empfiehlt, sofern man bis zu den Feiertagen die nötigen Mengen Butter, Margarine, Mehl, Zucker usw. beisammen haben will. Dabei steigen auch für diese Sachen die Preise noch von Tag zu Tag, so daß das neue Jahr höchst wahrscheinlich mit neuen Schall- und Lohnjorderungen einsehen wird. Glücklicherweise, die sich da — wie dieser Tage die Berliner Stadtbäder — die Erhöhungen gleich selbst und in dem nötigen Ausmaße bewilligen können. Mit den 360 000 M. Gesamtgehalt des Berliner Oberbürgermeisters z. B. läßt sich selbst in diesen schlechten Zeiten doch immerhin noch eine ganze Weile auskommen.

Am glücklichsten sind freilich nach wie vor die lieben Ausländer daran, die gerade in diesen kritischen Tagen ganz Berlin überflutet haben und kaufen, nichts als laufen. Alle Hotels sind von ihnen mit Besuchern besetzt, und besonders in den Luxusgeschäften sieht man neben ihnen kaum noch andere Kunden.

Was man uns wehmütig bereits vor Jahresfrist aus Wien meldete, daß nämlich der Einheimische allmählich wie eine totemische Figur in diesen Geschäften erscheine, ist heute in Berlin ebenfalls Tatsache. Und es wird natürlich verlaßt, was das Zeug hält, unbekümmert um die Warnung, daß dabei der deutsche Wirtschaftsbeirub schließlich ohne Nachschub bleibe und in ganz kurzer Frist feiern müsse. Man sieht nur den augenblicklichen Vorteil und denkt mit Schrecken an die Gehalts- und Lohnzahlungen, die ja auch dann fällig werden, wenn man den Währungsreier nicht abfertigen würde.

Am Abend füllen dann diese angenehmen Zeitgenossen noch die Theater und andere Vergnügungsorte, und besonders die Restaurants, deren Inhaber mit Freuden die Gelegenheit ergreifen, sich durch möglichst großen Umsatz für den während der langen Streizzeit entgangenen Gewinn schadlos zu halten. Da sieht man denn auch gern über allerlei Unzuträglichkeiten und Menger hinweg, den die mehr oder minder feindseligen Ausländer den Einheimischen bereiten. Man läßt sich besonders gern die unterschiedlichen Nationalhymnen von den Hotel- und Restaurantskapellen vorspielen, bringt allerlei Cheers und Wohlbas auf das — ach so viel teurere — Vaterland aus und benimmt sich im übrigen ganz so ungeniert wie seinerzeit gewisse deutsche Volksgenossen im Auslande, als die deutsche Mark die Franken, Gulden, Dollars noch billig kaufen konnte und daraufhin der Wollrock und die Bodenschoppe ihre vermeintlichen Triumphe auf dem Markt, in der Rue de la Paix und auf dem Broadway feiern konnten.

Nebenbei veranstalten dann die Berliner Gerichte noch allerlei Sonderveranstaltungen mit dem „Neigen“, den Nachträgen der Collé de Rhepdt und ähnlichen

werden, daß Angehörige der Wehrmacht und Beamte, deren Befolgung zum großen Teil von den Erwerbskräften aufgebracht wird, davon absehen müßten, diese Stände durch eigenen Warenbezug zu schädigen. Mit Bedauern nahm schließlich die Versammlung davon Kenntnis, daß die Vorstellungen der Handelskammer Schwelbitz, um den Erlaß von Verordnungen über Preisverzeichnisse und Preisstempel abzuwehren, nicht bei allen Gemeindebehörden von Erfolg begleitet gewesen sind. Der Verband wird daher weitere Schritte in Erwägung ziehen.

*** Auszeichnung.** Dem Lehrer Max Kleinwächter von hier ist für sein schriftstellerisches Wirken im Interesse eines deutschen Oberschlesien der Schlesiens Adler 2. Klasse verliehen worden.

*** Wasserrohrbruch.** Infolge eines abermaligen Hauptrohrbruchs in Rothenbach durch bergbauliche Einwirkungen muß die Wasserlieferung heute eingeschränkt werden. Die Reparaturarbeiten werden voraussichtlich heute abend fertiggestellt sein, so daß in der Nacht die volle Belieferung wieder erfolgen kann.

*** Bund der Kinderreichen.** Auf die vor einigen Tagen ergangene Aufforderung hin hatte sich im Konfirmandensaale eine kleinere Anzahl von kinderreichen Eltern eingefunden und die Gründung einer Ortsgruppe beschlossen. Von einer Vorstands Wahl wurde zunächst abgesehen, dagegen ein achtköpfiger Arbeitsausschuß gebildet, der sich folgendermaßen zusammensetzt: Rechtsanwalt Gasse, Friedländer Straße 15, Gehantelskassier Sellich, Vohnhoffstraße 12, Berghauer Hoffmann, Brandstraße 4, Pastor Porter, Kirchplatz 4, Frau Schriftfeger Rudolph, Hermannstraße 23, Frau Bergmann Spitzer, Ober Waldenburg, Chausseestr. 30, Sekretär Süssenbach, Seiditzstraße 1, Witfrau Tschampel, Parade II. Sämtliche genannte Mitglieder nehmen jederzeit Beitritts-Erklärungen in ihren Wohnungen entgegen. Außerdem können solche auch im Anwaltsbüro Schenkerstraße 19, dem evangelischen Kirchenbüro und im katholischen Pfarrbüro während der Amtsstunden erfolgen. Eine Versammlung in größerem Umfange, in der dann auch der Vorstand gewählt werden soll, ist für die nächste Zeit in Aussicht genommen. Alle Witwen und Wäwen mit drei und mehr lebenden Kindern, und alle Eltern mit vier oder mehr lebenden Kindern sind zum Beitritt berechtigt. Die erhofften wirtschaftlichen Vorteile können nur durch Massenzuspruch erreicht werden.

*** Lebensversicherungen bis 30 000 M. steuerfrei!** Bei den Beratungen des Reichswirtschaftsrates über die neue Versicherungssteuer gelangte ein Antrag Wangel, Vertreter der Versicherungsangestellten im Gewerkschaftsbund der Angestellten, zur Annahme, wonach die steuerfreie Lebensversicherungssumme auf 30 000 M. und die steuerfreie Jahresrente auf 3000 M. heraufzusetzen ist, und weiter diejenigen Lebensversicherungen steuerfrei zu lassen sind, die von der Beitragspflicht zur Angestelltenversicherung befreit. Es muß erwartet werden, daß angesichts der katastrophalen Geldentwertung und zur Erhaltung des Spartriebes unserer Bevölkerung der Reichstag sich auf denselben Standpunkt stellt. Trotz der schlechten Finanzlage unseres Staates sollte die Regierung überhaupt auf eine unsoziale Steuer, die ja nur den Vorjünglingen trifft, verzichten, umso mehr, als der Mehrertrag nur auf 130 Millionen Mark jährlich geschätzt wird, eine geradezu lächerlich geringe Summe angesichts des auf 70—100 Milliarden veranschlagten Fehlbetrages im Haushaltsplan.

*** Grober Aufzug wird besonders in letzter Zeit dadurch verübt, daß die Nachtglöcke der Letzte von Unbefugten ohne jeden Grund in Bewegung gesetzt wird. Es ist eine unverantwortliche, nicht genug zu verurteilende Handlungsweise, den Arzt, der durch seinen schweren, verantwortungsvollen Beruf tagtäglich ohnehin stark in Anspruch genommen ist, noch um das tödliche Nachtrübe zu bringen. Wie soll sich der Arzt dagegen schützen? Läßt er die Nachglöcke beseitigen, dann haben diejenigen darunter zu leiden, die in dringenden, schweren Fällen schla-**

Scherzen, aus denen die Ausländer mehr und mehr die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß Berlin langsam die große Antikemetropole der halben Welt geworden ist, was sie auch ohnehin schon aus der Riesengasse der Schnapsbänke, Kabarettis und Diefen ersehen haben müssen— ganz zu schweigen von den allabendlich gewisse Berliner Bühnen nach Tausenden bewölkerten Landbarnen, die den Mangel jeglicher Bekleidung nicht allein mit der zunehmenden Wäsche- und Kleiderveruerung entschuldigen können. Vergewissert man sich den Kopf, woher alle diese jungen Mädchen kommen, und noch mehr darüber, wohin sie gehen, wenn nach kurzer Witterzeit ihre Reize keine solche Zurschaustellungen mehr vertragen. Bedenklich stimmt den Zeitgenossen auch die wachsende Zahl betrunkenen weiblicher Personen, oft jugendlichen Alters in den öffentlichen Betriebe Berlins, die neben den überall umherlungenden Dinnen der Reichshauptstadt immer mehr das Aussehen einer langsam aber sicher verwahrlosten Stadt verleihen. Dazu kommen die Raub- und Mordtaten von immer verwegenerem Einschlag, zu denen tragische Selbstmorde alter guter Bürgersteile als erschütternde Gegenstücke sich gesellen. — wahrhaftig eine Zeit, die jenen recht gibt, welche ihr Heil in der Flucht von Berlin suchen und zu der die geplante, geradezu ungeheuerlich anmutende Erhöhung der gewerblichen Steuern auch die großen Fabrik- und Geschäftsumrechnungen der Reichshauptstadt im kommenden Frühjahr anteuigen dürfte. Davon wird natürlich die arg veräuserte „Provinz“ sehr profitieren. Ob aber gerade die edelsten Elemente dann das Reich verlassen werden, darf man angesichts der den Berliner alleseitig nachgerühmten besonderen Eigenschaften bis zum Beweise des Gegenteils wohl bezweifeln.

niger ärztlicher Hilfe bedürfen. Wie beobachtet werden konnte, sind es zumeist junge angetrunkene Burschen, ja sogar auch Mädchen (!), die sich solche „Späße“ leisten. Die Nachtpolizei sei auf dieses verwerfliche Treiben aufmerksam gemacht; für jeden rechtlich denkenden, ruhigen Staatsbürger aber erwäge die Pflicht, etwa beobachtete derartige Fälle umnachsichtlich zur Anzeige zu bringen.

*** Die dritte Bundestagung des Deutschen Schutz-** bundes findet zu Pfingsten 1922 in Ost- und Westpreußen statt. Sie ist so vorbereitet, daß die Teilnehmer aus allen deutschen Gauen und aus dem Ausland Gelegenheit haben, Ost- und Westpreußen genau kennen zu lernen. Das Programm sieht einen dreitägigen Aufenthalt in Königsberg mit Ausflügen nach dem nördlichen und östlichen Ostpreußen vor. Die Mitgliederversammlung und die sachlichen Beratungen finden in Allenstein statt; Hauptgegenstand der Verhandlungen sind Fragen der Aufklärungs- und Werberarbeit. Am Pfingstsonntag findet auf dem Jakobberge bei Allenstein in Form einer großen volkstümlichen Feier, verbunden mit einem Trachtenfest, eine Begrüßung zwischen den deutschen Ostpreußen und den Vertretern der anderen deutschen Gauen statt. Am Pfingstmontag geht es nach Marienburg; Quartier für die Tagungsteilnehmer wird in den neuen Bauernhöfen gemacht. Für Dienstag den 6. Juni ist die ursprünglich auf den 11. Juni angesetzte Einweihung des Volkshausdenkmals in Aussicht genommen. Ein Empfang durch den Regierungspräsidenten im großen Remter der Marienburg bildet den offiziellen Abschluß der Bundestagung. Danach wollen die Deutschen Danzig die Teilnehmer zu einem Besuch der Stadt und des Freikreises einladen.

*** Der Opern- und Operetten-Abend, den Liefert und Conrad Werner am Donnerstag den 1. Dezember in der Aula der ev. Volkshochschule veranstalten, bringt eine Fülle der beliebtesten und bestmöglichen Opern- und Operetten-Darbietungen. Es seien nur erwähnt: Carmen, Faust, Meistersinger (große Kantaten für Viola d'Amour resp. Violone) und die Perlen aus Nignon, Zauberkiste, Don Juan, Waffenschmied, sowie den Operetten: „Fledermaus“, „Zigeunerbaron“, „Mikado“, „Spanische Nachtigall“. Mit den erhabensten Klängen, von Gänzen beginnend, führt uns die Folge über grandiose Oratorien und zärtliche Mozart-Melodien zu den fröhlichsten Operettenliedern von Leo Fall, Sullivan und Strauß. Ganz besonders reizvoll wirken in den Vogelliedern die meisterlichen Nachtigallen-Imitationen. Der über-schäumende, trunksüchtige Aufwaller aus der unter-gänglichen „Fledermaus“ macht mit seinem einschmeichelnden „David“ den Schluß und wie bei diesem lustigen Sektierstück nimmt der Zuhörer einen Rausch der schönsten Opern- und Operetten-Melodien mit heim.**

Aus der Provinz.

Breslau. Die Lagen-Verhältnisse am Stadttheater. Zur Erläuterung der Lohnbewegung unter den Angestellten des Stadttheaters werden vom Angestelltenrat des Stadttheaters folgende Ziffern, die die bisherigen Bezüge kennzeichnen, mitgeteilt. Es erhalten: Mitglieder des Ballets 1000 M. monatlich, Chordamen 1100 M., Chorherren 1200 M., Orchestermitglieder 1200 bis 1370 M. Von ersten Solokräften beziehen: Soubrette 1250 M., jugendlich-dramatische Sängerin 1500—2000 M., Koloratur-Sängerin 1636—2033 M., Ober-Spielleiter und Kapellmeister 2033 M., Musikant 2750—3000 M., Tenorbuffo 2166 M. Nur der Geldtenor hat 3333 M., die anderen ersten Vertreter dieses Faches bleiben unter 3000 M. Die übrigen ersten Fachvertreter beziehen Gehälter zwischen 2033 und 2500 M. Die zweiten Fachvertreter sind entsprechend geringer bezahlt (zwischen 1250 und 1900 M.). — Der Magistrat als Arbeitgeber hat sich bisher zu diesen Ziffern noch nicht geäußert.

Breslau. Verhaftung wegen Geheimbündelei. Vorgeführt sind einige Studenten hier verhaftet und dem Richter vorgeführt worden wegen Gefahr des politischen Zusammenstufes in einer Organisation C. Was diese anlangt, hat der Untersuchungsrichter in Offenbarung eruchtet, den Studenten Koppe festzunehmen, der laut Befehl dem Untersuchungsrichter vorgeführt und nach Karlsruhe transportiert worden ist. Im ganzen wurden außer dem Genannten noch sechs Studenten festgenommen. Es sind dies ein Bruder des erwähnten Koppe, zwei Freiherrn von Joditz und Reutirch, Bernhard, Käuße und Rowad. Gegen diese liegt Verdacht der Geheimbündelei nach § 128 RStGB. vor. Die Festgenommenen wurden vorgeführt, weil die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen waren. Voraussichtlich werden diese Ermittlungen in den nächsten Tagen zum Abschluß gelangen und dann die Festgenommenen, wenn die Gefahr beseitigt ist, wieder freigelassen werden.

Freiburg. Das neue Notgeld. Die alte Wrenstadt Freiburg i. Schl. gibt, wie wir bereits früher berichteten, eine neue Gutscheinserie in dreifarbigem Autotypdruck heraus. Ausgabedatum September 1921. Der 10-Pfg.-Schein weist mit rauchenden und dampfenden Fabrikförmigen umhüllten des Stadtbildes auf das rege industrielle Leben des Ortes hin. Darüber schwebt ein Adler mit einer Uhr in den Fängen. Von den fünf 25-Pfg.-Scheinen bringt der eine das Bild der markenmehrenden Stadt aus dem Jahre 1700, der zweite das Brandungsglück vom Jahre 1774 mit dem Anspruch des Alton Frig: „Euch soll gelassen werden!“, der dritte zeigt das heutige Stadtbild, während die beiden übrigen wieder mit Spinroden und Webstuhl, Uhren und Regulatoren auf Freiburgs Industrie anspielen. Vier 50-Pfg.-Scheine endlich erinnern an Freiburgs herrliche Um-

gebung mit farbenfreudigen Bildern aus dem Fürstentum Grunbe und dem auf die vier Scheine verteilten Anfang des Wankersches „Wohlauf, die Luft geht frisch und rein, wer lange sitzt, muß kosten, den allersonnigsten Sonnenschein läßt uns der Himmel kosten.“ Die Scheine werden an Sammler usw. zum Nennwert zuzüglich Porto abgegeben.

Reichenbach. Mit der Frage der Kartoffelversorgung beschäftigte sich eine vom Landrat nach dem Kreislandehaus einberufene Versammlung, der die Vorstände der größeren Gemeinden, Händler, Erzeuger- und Verbraucher, die Abgeordneten unseres Kreises beizuhören. Nachdem sich der Landrat über die Ursachen der Kartoffelmangel, die Preissteigerung und die Maßnahmen zur Behebung des Kartoffelmangels verbreitet hatte, folgte eine lebhafte Aussprache ein. Da im Kreise die Landwirte weitere Kartoffeln in Folge der geringen Erntevorräte schwerlich abgeben können, müssen unbedingt Kartoffeln von auswärts bezogen werden. In den einzelnen Orten — in Betracht kommen besonders die Industrieorte Reichenbach, Langenbielau und Peterswaldau — soll zunächst festgestellt werden, wie hoch der Bedarf an Winterkartoffeln ist und im Anschluß daran unverzüglich mit den Händlern in Verbindung getreten werden, die notwendigen Kartoffelmengen zu beschaffen. In dankenswerter Weise haben sich größere Konsumen bereit erklärt, den Händlern zinslose Kredite zu gewähren.

N.Nenrode. Verschiedenes. In der Hauptversammlung des Vaterländischen Frauenvereins Nenrode-Land wurde Frau Baumeister Berger als Vorstandsamte gewählt. Die Kasse weist einen Kassensatz von 26 000 M. auf. Festgesetzt wurden Towerungszulagen für die Schwefelkationen, Weihnachtsgeschenke für die Schwefelkationen und für die Armen der einzelnen Bezirke. — In der Versammlung des Meierschützvereins wurde eine Stielungsge-nossenschaft gegründet, der eine Anzahl Mitglieder beitraten. — In der zu Ludwigsdorf gehörigen Kolonie Garte wurde in der Nähe des Bahnhofes auf der Wiese ein toter Mann gefunden. In der Leiche wurde der Arbeiter Rosenberger aus Ringendorf erkannt, der am Herzschlag verschieden sein dürfte.

Hirschberg. Ein Liebesdrama hat sich in Petersdorf im Riesengebiet ereignet. Im Wäldchen wurde die Leiche eines 25 (!) Jahre alten Landwirts-Johannes und einer 43 (!) Jahre alten Rangierführer-witwe gefunden. Zwischen beiden bestand ein Liebesverhältnis. Der Mann hatte keine Erbsparnisse verbraucht und fand keine passende Arbeit, so daß die Witwe aus Verzweiflung verübt worden sein dürfte. Man hatte an dem betreffenden Abend lautes Schreien der Frau gehört, so daß anzunehmen ist, daß sie von ihrem Geliebten gewaltsam mit ins Wasser gezogen worden ist.

Reife. Die Reichsbank-Nebenstelle um fast eine halbe Million Mark betrogen. Einer Firma in Mittelschlesien wurden von unbekannter Seite 51 Bagenladungen mit je 15 Loten Kartoffeln angeboten, wofür von der Reichsbank-Nebenstelle in Reife die Summe von 640 000 M. ausbezahlt werden sollte. Zufälligerweise verfügte die Bank nicht über eine so hohe Summe, so daß zunächst 200 000 Mark und dann 240 000 Mark auf das Kreditkonto gezahlt wurden. In der Zwischenzeit stellte es sich jedoch heraus, daß die zur Vorlage gelangten Duplikat-Briefe mit gefälschten Stempeln versehen waren. Die Ermittlungen führten auf die Spur eines Arbeitslosen Max Freier, der mit einem gewissen Erwin Habicht aus Breslau neben Eisenbahnüterdiebstahl im großen auch einen schamhaften Handel mit Banknotenpapier für Falschgeld betrieb. Als Führer der ganzen Bande wurde in Berlin der Tschache Obertür verhaftet, der in zahlreichen Städten Ostdeutschlands besondere Schieberzentralen unterhielt und auch ein Absteigemartier in Berlin besaß. Als weitere Hauptbeteiligte wurden die Gütermaler Höhmann aus Dessau und zwei andere Schieber verhaftet. Von den von der Reichsbank-Nebenstelle gezahlten 440 000 Mark wurde bei sämtlichen Verhafteten nichts mehr vorgefunden.

Sport und Spiel.

Waldenburger Sportverein.

Sportfreunde I und B. S. B. I standen sich am 27. November 1921 im Entscheidungsspiel um die Gaumeisterschaft der A-Klasse gegenüber. Sportfreunde erringt das erste Tor. Bald darauf scheidet ein Mann von B. S. B. aus. Trotzdem wird ein stotter Kampf geführt. Nach Halbzeit steht B. S. B. gleich. Mit 1:1 endet das Spiel nach regulärer Zeit. Doch um 2:15 Minuten muß weiter gespielt werden, um zur Entscheidung zu gelangen. B. S. B. zeigt nun sein besseres Spielvermögen und geht in Führung. In diesem Resultat ändert sich nichts mehr. B. S. B. I verläßt als Sieger mit 2:1 und dem Gaumeistertitel das Spielfeld. Laut Bestimmung des Süddeutschen Fußballbundes führen die 1. Mannschaften der einzelnen Gaumeister den Titel Liga. Dem Gaumeister von Waldenburg wünschen wir für die Zukunft in den kommenden Bezirkswettspielen neue Erfolge.

Zuckooh Creme Seife Puder
das Geheimnis schöner Frauen

Überall erhältlich.

In Waldenburg in den Drogerien R. Beck, Drogerie zum Hasen, Neu Waldenburg, Hermannstraße, und E. Nerlich Nachf., nebst Filiale, in Altwasser in der Bahnhof-Drogerie, in Ober Waldenburg bei Frz. Bentscha, Drogerie.

Die Liebesbriefe.

Eine sentimentale Geschichte.
Von Kurt Meyer-Rotermund.
Nachdruck verboten.

Die alten Damen des Stiftes befanden sich seit dem frühen Morgen in heftiger Aufregung. Einige waren durch den unerhörten Vorfall der letzten Nacht so verstört, daß sie in ihren Zimmern saßen, wie vor Schreck erstarrte Vögel in ihren Käfigen. Andere hockten im Gesellschaftsraum des Hauses beisammen, nicht unähnlich einer Schar gedrückter Feldhühner, über denen ein Raubvogel freist, und berebten unaufhörlich die unsäglich Begebenheit.

Eine stattliche Fünfzigerin mit glattem Scheitel über einem runden Kopfe und von energischen Gesichtszügen gebot mit einem bestimmten „Erstausen Sie, meine Damen!“ Schweigen.

Das Geschick ringsum verschwante sofort, und sämtliche Blicke wandten sich in aufgeregter Neugier der Vorfichterin zu. Aber diese täuschte die Erwartungen.

„Weshalb unsere arme Freundin von uns gegangen ist, wer will das sagen. Nur Gott weiß es. Auch die Vermutung führt uns keinen Schritt näher an die Gründe dieses entsetzlichen Geschehnisses. Wir dürfen aber nicht verurteilen, wo wir die Gründe nicht kennen. Lassen Sie uns, meine Damen, für die arme Seele unserer unglücklichen Freundin beten!“

Die graubhaarigen Köpfe senkten sich, aber es kam keine rechte Andacht zustande.

Den aus ihrem Stiftsfrieden aufgeschreckten Damen fiel es deshalb so schwer, sich in Geduld zu fassen, bis eine Erklärung der Tat möglich war, weil sich alle auf einer Spur des Geheimnisses saßen, sie aber nicht weiter verfolgen konnten. Gegen Abend des vorausgegangenen Tages war nämlich ein blasser junger Mann, anscheinend ein Kriegsversehrter, am Eingang des Stiftsgebäudes erschienen und hatte sich bei der Pförtnerin nach Fräulein Bermuth erkundigt. Nachdem ihm der Bescheid geworden, die alte Dame weile auf ihrem Zimmer, habe sich der Fremde höflich für die Auskunft bedankt und sei schnell wieder verschwunden. Die Pförtnerin erzählte später, sie wisse sich genau zu entsinnen, daß der junge Mann, der übrigens einen durchaus gebildeten, nur ein wenig aufgeregten Eindruck gemacht habe, auf der Straße noch eine Zeitlang stehen geblieben sei und kopfschüttelnd das Anstaltsgebäude betrachtet habe. Von dem merkwürdigen Fragesteller war Fräulein Bermuth noch am selben Abend in Kenntnis gesetzt worden, man hatte auch jenen näher beschrieben. Am nächsten Morgen machte die Aufwärterin dann den gräßlichen Leichenfund. Da die Tote keinerlei Angehörige noch Bekannte besaß, was in der Anstalt nicht unbekannt war, erschien allen das plötzliche Auftauchen und Verschwinden des Fremden, der dazu ein ganz junger Mensch war, doppelt rätselhaft und beunruhigend.

Eine Fährte zu wissen und ihrer nicht nachgehen zu können, ist mehr als Pein; noch lange litten die Insassen des Stiftes darunter. Sie mußten — die Tote war längst begraben — auch später darauf verzichten, eine Enthüllung des grausigen Ereignisses zu erfahren.

Nur einer wußte um diese Zusammenhänge: der Kurator der Stiftung. Aber dieser schwieg über alles, denn er hatte nach langem Bemühen einen derartig heftigen Grund für das selbstgewählte Ende des alten Fräuleins erfahren, daß er Schweigepflicht für unerläßlich hielt.

Was war geschehen?

Beim Zeitungslesen war Fräulein Bermuth eines

Tages auf eine Anzeige aus einer benachbarten Universitätsstadt gestoßen, die folgendermaßen lautete:

Mittelloser, kriegsversehrter Student
erbitte Darlehen zur Fortsetzung
seines Studiums...

Welche Gedanken der Lesenden damals durch den Kopf gingen und sie sich hirschte, um dem Mittsteller eine nicht unbeträchtliche Summe an die angegebene Adresse zu übermitteln, blieb ein mit ins Grab genommenes, ewiges Geheimnis. Der Empfang der Spende — ein Darlehen zu geben, hatte die Waisenberin freundlich, aber bestimmt abgelehnt — war mit überströmendem Dank bestätigt worden. Und da Fräulein Bermuth trotz ihrer 62 Jahre eine zierliche, noch fast jugendliche Handschrift besaß, machten ihre Begleitzeilen bei dem Studenten, der vielleicht etwas phantastisch und hitzig veranlagt war, die angenehme Vorstellung erweckt haben, eine junge, hübsche Dame sei seine unbekannte Wohltäterin. So hatte er denn seinem aufrichtigen Dank einen ehrerbietig-herzlichen Ausdruck gegeben. Als das alte Fräulein las: „Ich bitte Ihnen die liebe kleine helfende Hand...“ wurde ihr ganz eigen zu Sinn. Weshalb über die irrtümliche Vermutung, die sich der Schreiber von der Spenderin machte, wechselte — so überaus töricht es sie auch dünkte — mit der wohligen Empfindung, solch zärtlichen Dank zu vernehmen. Sie sagte sich zwar selbst, daß es ihre Pflicht sei, seine Irrtümer über ihre Person aufzuklären zu lassen, aber unterließ es dann doch, die unwillkürliche Maske zu lüften. Vielmehr brachte sie es nach einigem Zögern fertig, in einer sie bald beschämenden, bald reizvollen Bemerkung, auf den zärtlichen Ton ähnlich zu antworten. Diesmal standen ihre Wuchsfäden noch ebenmäßiger und jugendlicher auf dem Papier, das sie in extra guter Qualität sich eigens dazu beschafft hatte. Und wieder kam von drüben das Echo noch herzlicher zurück. Der junge Mann gestand, er sei einzig, in seiner Einsamkeit immer mehr jemand zu haben, der an seinem Leben und an seinen Arbeiten Anteil nehme. Am Schluß war jedoch der Wunsch ausgesprochen, seine glückliche Freundin möge sich ihm zu erkennen geben. Fräulein Bermuth verstand es, den Ungedultigen zu vertragen, und so spannen die Liebesbriefe des seltsamen Paares weitere Fäden. Man machte sich gegenseitig kleine Geschenke: Blumen, Bücher, Handarbeiten; der Student schickte eines Tages sein Bild. Besenstände und Sehnsüchte machten sich Luft; mitschwebendes, inniges Vertrauen wurde gefördert und verheißt.

So währte es mehrere Monate hindurch. Da nun aber der Student immer beharrlicher auf eine persönliche Bekanntschaft hindrängte, sah Fräulein Bermuth das Gefährliche und Unverantwortliche ihres Verhaltens ein und gab — so sehr schwer es ihr auch wurde — eines Tages sein Lebenszeichen mehr. Zwei Briefe hatte sie schon uneröffnet zurückgelassen, und um ihre Spur für einige Zeit zu verwischen, war sie, die höchst ungern sich der Eisenbahn anvertraute, sogar zu einer kleinen Reise entschlossen, als sie der Blickstrahl seines — des fernen Geliebten — Besuches traf. Sie wußte nicht, wie jener ihren verlassenen Wohnsitz in Erfahrung gebracht hatte, sie wußte statt dessen, daß sie ihr einschüchternes Glück, das dennoch für eine tüchtige Spanne über alle Massen beseligend gewesen war, mit dem Tode büßen mußte.

Sie hatte ihn ohne Verzug, ohne Furcht, fast freudig gewählt.

Gebirgs-Blüten.

Unterhaltungs-Beiblatt zur „Waldenburger Zeitung.“

Nr. 278.

Waldenburg den 28. November 1921.

Bd. XXXVIII.

Die Falkner auf Lindenhöhe.

Roman von Reinhold Ortman.

Nachdruck verboten.

(13. Fortsetzung.)

„Nein, das werde ich nicht tun. Sie werden, wie ich hoffe, auch auf minder gefährlichem Wege Ruhe finden.“

„Nein“, widersprach sie eigensinnig. „Ich versuche ja früher schon alle erdenklichen Schlafmittel ohne wirklichen Erfolg! Ich weiß, daß mir nichts anderes hilft als Morphium. Am wenigsten jetzt.“

„Warum gerade jetzt?“

„Weil ich nie vorher so unglücklich und so verzweifelt gewesen bin. Natürlich ist es nur mein Seelenzustand, der diese gräßliche Schlaflosigkeit verschuldet. Wenn Sie für den ein Heilmittel hätten, Herr Doktor, könnte ich das Morphium allerdings entbehren.“

Germering machte eine bedauernde Bewegung mit den Schultern.

„Ueber die Grenzen des ärztlichen Berufs hinaus reicht mein Vermögen leider nicht, gnädige Frau.“

„Ein rechter Arzt sollte eigentlich auch immer etwas von einem Seelsorger haben. Ich glaube, daß viele Krankheiten gar nicht anders zu heilen sind.“

„Dem widerspreche ich nicht. Aber Sie werden ja schließlich im Ernst gesonnen sein, mich über die Ursachen Ihrer Verzweiflung zu unterrichten.“

„Wenn ich hoffen dürfte, daß Sie wahre Teilnahme für mich bezeugen —“

„Nicht erfüllt der aufrichtige Wunsch, Sie von Ihren Beschwerden befreien zu können. Meiner ärztlichen Teilnahme dürfen Sie sich unbedingt versichert halten.“

„Ihrer menschlichen also nicht?“

„Die eine schließt doch wohl die andere in sich. Ich fürchte nur, daß Sie vielleicht eine zu hohe Meinung von meinen seelsorgerischen Fähigkeiten haben.“

Signe lehnte sich in ihren Stuhl zurück und jagte traurig: „Ach, Sie wollen mir ausweichen. Ich falle Ihnen lästig.“

„Gewiß nicht. Wenn Sie mir ein offenes Wort gestatten wollen, Frau Falkner: Sollten nicht Ihr Gatte oder Ihr Schwiegervater viel eher die geeigneten Persönlichkeiten sein, Ihnen den gewünschten seelischen Beistand zu leisten?“

„Nein Gatte, der mich nicht versteht — der

mich noch nie verstand? Oder mein Schwiegervater, der mich im Grunde seines Herzens verabscheut, obwohl er mir in Gnaden die Tür seines Hauses öffnete, als er nicht wohl anders konnte? Es sind gerade die Sachen, an die Sie mich da verweisen, Herr Doktor!“

„Wenn es so wäre — ich habe darüber natürlich kein Urteil —, könnte Ihnen da mein Rat oder mein Zuspruch irgend etwas nützen?“

„Ich weiß es nicht. — Es ist ja möglich, daß auch Sie mir nicht helfen können. Aber ich setze mich so nach einem Menschen, zu dem ich mich aussprechen kann. Man ist in diesem gottverlassenen Erdwinkel ja so erbarmungswürdig allein.“

Sie hatte das Lächelnd an den Augen, und Germerings Herz schlug bellend in aufstrebendem Mitleid. Ihn leitete die feste Absicht, nicht um den kleinsten Schritt über die Schranken hinauszugehen, die ihm als dem Arzt dieses jungen Weibes gezogen waren; aber er kam sich hart und erbarmungslos vor in seiner kühl ablehnenden Haltung. Erfüllte er damit, daß er sie durch einen Beweis seines Mitgefühls aufzurichten suchte, denn nicht schließlich auch eine ärztliche Pflicht?

„Sie dürfen sich selbstverständlich rückhaltlos aussprechen, gnädige Frau! Es war nicht meine Absicht, Sie daran zu hindern.“

Sie ließ die Hand mit dem Tuche sinken und sah ihn aus feuchten, glänzenden Augen dankbar an: „Sie können nicht ahnen, welche Wohltat Sie mir erweisen. — Aber es ist so schwer, einen Anfang zu finden. Was haben Sie eigentlich bisher von mir gedacht? Wofür haben Sie mich gehalten?“

„Für eine von Natur und Schicksal begünstigte, glückliche junge Frau.“

„Glücklich?“ Sie lachte bitter. „In meiner Ehe meinen Sie?“

„Auch in Ihrer Ehe. Ihr Herr Gemahl machte den allerbesten Eindruck auf mich, seine zärtliche Fürsorge beweist, daß er Sie aufrichtig liebt.“

„Nein, er liebt mich nicht. Nicht so wenigstens, wie ich mir die Liebe eines Mannes vorstellte. Es gibt tausend Dinge, die er mehr liebt als mich. Seine Kunst, seine Heimat, seine Jugenderinnerungen und Jugendfreundinnen, vielleicht sogar seinen Vater — was weiß ich!“

„Es ist meine Ueberzeugung, daß Sie sich täuschen. Jedenfalls sollten Sie sich mit ihm darüber aussprechen.“

„Nein. Wozu auch? Was er mir auch ant-

worten würde, er könnte damit nicht wiederherstellen, was rettungslos zerstört ist. Für eine Verjöhnung, wie sie Ihnen vorschweben mag, ist es — zu spät."

Mit aufgestützter Stirn saß Germering über seine Antwort nach. Da schritt ein kurzer, scharfer Klang in die Stille. Er erhob sich sofort.

"Verzeihen Sie, Frau Falkner — es ist meine Glocke."

Er ging zum Fenster und stieß es auf. Eine klägliche Stimme tönte von drinnen empor. Die Worte konnte Signe nicht verstehen, denn sie wurden im Dialekt der Gegend gesprochen. Mit fest zusammengebißenen Zähnen saß sie da, ihr Taschentuch zwischen den Fingern zerknüllend. Sie vernahm, daß Germering einige rasche Fragen stellte; dann hörte sie ihn sagen: "Warten Sie drinnen auf mich." Ich komme so rasch wie möglich. Aber ich werde zuvor in der Apotheke eine Arznei anfertigen lassen."

Als er sich ins Zimmer zurückwandte, stand Signe auf und trat auf ihn zu. Sie war so erregt, daß ihre Stimme bebte: "Ich will Ihnen keinen Vorwurf machen, daß Sie jetzt fortgehen — daß andere Leidende Ihnen wichtiger sind als ich. Aber ich muß Sie sprechen. Ich habe Ihre Zusage, daß Sie mich anhören wollen."

"Gewiß, Frau Falkner! Hier aber scheint es sich um einen Fall zu handeln, der schleunige Hilfe fordert. Und bis zu dem Häuschen des Mannes ist es fast eine halbe Stunde. An diesem Abend wenigstens werden wir unsere Unterredung kaum fortsetzen können."

"Nein — das will ich auch nicht."

"Und ich kann Ihnen jetzt noch nicht sagen, wann ich wiederkommen werde."

"Aber Sie verbieten mir nicht, wiederzukommen — nicht wahr?"

"Sie werden mich immer zu Ihren Diensten finden, gnädige Frau!"

"Und das Morphinumrezept — Sie wollen es mir wirklich nicht geben?"

"Ich könnte es nicht vor meinem Gewissen verantworten. Sie müssen es noch einmal mit dem bereits verordneten Mittel versuchen. Nehmen Sie zwei Pulver statt des einen; dann wird, wie ich hoffe, die gewünschte Wirkung nicht ausbleiben."

Signe mochte einsehen, daß weitere Bitten vergeblich sein würden; die Gast, mit der Germering sich zum Aufbruch fertig machte, trieb sie zum Gehen.

"Lassen Sie mich vor Ihnen das Haus verlassen", sagte sie. "Es wird besser sein, daß man uns nicht zusammen sieht."

Er widersprach nicht. Nachdem sie den dichten Schleier wieder über das Gesicht herabgezogen hatte, reichte sie ihm die Hand.

"Gute Nacht! Wenn mir auch in dieser

Stunde das Glück nicht günstig gewesen ist, ich nehme doch eine kleine Hoffnung mit mir."

Er erwiderte ihren Abschiedsgruß und geleitete sie auf den Vorplatz hinaus bis zur Treppe. Dort blieb er wartend stehen, bis die Haustür hinter ihr zugefallen war.

Der Flureingang der Apotheke war, wie immer, unverschlossen, aber Brandt hielt sich nicht im Laden auf; der Raum war bei Doktor Germerings Eintritt unbeleuchtet. Mit allen Einrichtungen vertraut, drückte der junge Arzt auf den neben der Tür befindlichen Knopf, der das elektrische Licht einschaltete. Er war hier gewissermaßen zu Hause, denn er war Konrad Brandt, der keinen Gehilfen oder Lehrling hatte, seit der Uebernahme der Apotheke um ihrer alten Bekanntschaft willen schon öfter hilfreich zur Hand gegangen. Da er vor seiner Uebernahme nach Tiefenbrunn an einem sehr kleinen Ort praktiziert hatte, der keine Apotheke besaß, und er deshalb gezwungen gewesen war, in einer Hausapotheke selbst zu disponieren, waren ihm die gewöhnlichen Einrichtungen durchaus geläufig, zumal er sich schon in seinen Universitätsjahren aus Liebhaberei über die Grenzen des für einen Mediziner Notwendigen hinaus mit chemischen Studien beschäftigte. Er wußte während der ersten Wochen von Brandts Tätigkeit in der Apotheke viel besser Bescheid als der Inhaber selbst, und noch jetzt kam es nicht selten vor, daß er sich diese oder jene Arznei, deren er schnell bedurfte, selbst herstellte, wenn Brandt eben mit einer dringenden Arbeit beschäftigt war. Heute freilich lag das nicht in seiner Absicht, und er rief, um den Mann auf der Straße nicht länger als nötig warten zu lassen mit lauter Stimme den Namen des Apothekers. Der mußte draußen im Vorgarten das Hellwerden der Fenster bereits wahrgenommen haben, denn er erschien nun gerade unter der Ladentür.

"Guten Abend, Herr Brandt!" rief ihm Germering zu. "Ich brauche ein paar Tropfen Tinctura opii benzoica in einer wässerigen Lösung. Warten Sie — ich schreibe Ihnen der Ordnung halber das Rezept. Aber es ist eilig."

Der Apotheker sprach kein Wort, wie er auch den Gruß nicht erwidert hatte. Als ihm der Arzt das von seinem Notizblock gerissene Blatt reichte, stand er schon wieder an seinem gewohnten Arbeitsplatz zwischen dem Rezepturische und den Wandregalen. Mit gesenktem Kopfe warf er einen Blick auf die Vorschrift und drehte sich dann, noch immer stumm, nach dem hinter ihm an der Wand befestigten Schränkchen um. Die Tür desselben war verschlossen, aber der Schlüssel steckte im Schloß. Beim Öffnen kamen zwölf mit Schiebern versehene Fächer zum Vorschein, deren jedes ein Porzellanstäbchen mit einer Aufschrift trug. An den Ladentisch ge-

lehnt, sah Doktor Germering in merklicher Ungeduld den auffallend langsamen Handierungen des Apothekers zu.

"Was haben Sie denn, Brandt?" fragte er. "Das Fach, das Sie da ausgezogen haben, enthält doch die Arsenikalia. Die Opiate stehen auf der anderen Seite — im zweiten Fach rechts unten. Finden Sie sich denn in Ihrem eigenen Gistschrank nicht mehr zurecht?"

Brandt murmelte etwas Unverständliches; aber er folgte dem erhaltenen Fingerzeig, indem er das irrtümlich ausgezogene Fach wieder schloß und das von Germering bezeichnete öffnete, um ihm die benötigte Flasche zu entnehmen. Aufmerksam als vorher betrachtete ihn der Arzt und bemühte sich nicht, sein Bestreben über das Aussehen des schweigsamen Mannes zu verbergen.

"Ist Ihnen nicht gut, Herr Brandt? — Sie sind ja ganz verstimmt. Fühlen Sie sich krank?"

Flüchtig nur hob der Angeredete den Kopf, um einen schiefen Blick auf Germering zu richten; es war ein trübsamer Blick aus tief in ihren Höhlen liegenden, unnatürlich glühenden Augen.

"Nein. Ich bin ganz gesund. Ein augenblickliches Vergreifen wird wohl auch Ihnen schon widerfahren sein; es gibt übrigeas schimmere Irrungen als diese."

"Daran dachte ich schon nicht mehr. Obwohl ich im Gistschrank niemals vergreifen soll, mein Lieber! Wollen Sie mir erlauben, Ihnen einen freundschaftlichen Rat zu geben?"

"Nun?"

"Hüten Sie sich vor Ihrer alten Schwäche. — Sie wissen, was ich meine."

"Wir haben alle unsere Schwächen, jeder hat die seinen, Herr Doktor Germering."

"Ohne Zweifel. Aber das ist keine Antwort. Denn hier handelt sich nicht um die Schwächen anderer, sondern um die Ihrigen. Ich beobachte Sie schon seit Tagen, und ich bin sicher, daß ich mich nicht täusche."

"Ich verstehe Sie nicht. Aber es ist mir auch gleichgültig, was Sie meinen. Niemand hat ein Recht, mich zu beobachten, sich um mein Tun und Lassen zu kümmern."

"Seit wann reden wir in solchem Ton miteinander, Brandt? Wenn ich Sie warne, tue ich es in der besten Absicht. Und ich denke, es ist besser, daß es hier unter vier Augen geschieht, als an anderer Stelle."

"Was für eine Stelle sollte denn das sein, Herr Doktor?"

"Stellen Sie sich doch nicht so verständnislos! Wäre ich nichts als Ihr guter Bekannter, so könnte es mir allerdings gleichgültig sein, ob Sie Morphinist sind oder nicht. Aber ich darf das Leben meiner Patientin nicht durch die Mischzustände des Apothekers gefährden lassen."

"Oh, ist es das, worauf Sie hinaus wollen? Dann lassen Sie sich sagen, daß Sie diesmal gründlich auf den Holzweg geraten sind. Ich nehme kein Morphinum."

"Sie tun es doch. Ich kenne die Wirkungen, die es bei Ihnen hat, viel zu gut, als daß ich mich irren könnte."

"Beweisen Sie es, wenn Sie Ihrer Sache so sicher sind."

"Sie sollten mich lieber nicht dazu herausfordern. Denn ich würde gleichzeitig gezwungen sein, die zuständige Aufsichtsbehörde davon zu unterrichten."

"Bin ich Ihnen schon so unbequem geworden, daß Sie Ihre Zuflucht zu solchen Mitteln nehmen müssen?"

"Sie wissen nicht, was Sie reden. Aber ich will jetzt nicht mit Ihnen darüber rechten. Wir kommen zu gelegener Zeit darauf zurück. — Ist die Arznei fertig?"

Schweigend schloß Brandt das Fläschchen und schob es dem Arzt zu.

"Sie ersehen aus dem Rezept, daß es für einen Rassenkranken ist. Tragen Sie es dementsprechend in Ihre Bücher ein."

"Ich habe es gesehen und weiß, was ich zu tun habe. Sie sprechen nicht mit einem Betrunknen."

Germering neigte sich über den Ladentisch, um seine Stimme bis zum Flüstern dämpfen zu können.

"Ob Sie es in diesem Augenblicke sind oder nicht, darüber wollen wir nicht streiten; aber es tut mir leid um Sie, Brandt! Ich möchte Sie nicht noch weiter auf dieser schiefen Bahn hinabgleiten sehen. Sie kennen das unausbleibliche Ende ebensogut wie ich."

Wieder sah ihn der Apotheker an; diesmal aber bohrten sich seine Augen fest in das Gesicht des jungen Arztes.

"Und wenn ich Ihnen den guten Rat in gleicher Münze zurückgäbe? Ich habe Ihnen schon gesagt: es gibt schlimmere Verirrungen als diese."

Germering bewegte ungeduldig die Schultern.

"Legen Sie sich schlafen. — Hoffentlich haben Sie in dieser Nacht nicht noch einmal am Gistschrank zu tun."

Und er ging durch die Ladentür hinaus zu dem alten Manne, der draußen auf der menschenleeren Straße mit Sehnsucht auf ihn wartete.

Beide Hände auf die Platte des Ladentisches gestützt, mit vorgestrecktem Kinn und tief herabgezogenen Mundwinkeln, sah ihm der Apotheker nach. Sein häßliches, kantiges Gesicht erschien in der Verzerrung wie eine Grimasse tödlichen Hasses.

(Fortsetzung folgt.)